

## Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft

### Entwicklung der Versorgungsausgaben

#### Bericht über Stand und Ergebnisse des Instruments zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg

#### Gliederung

##### **A. Bericht**

1. Zusammenfassung der Prognoseergebnisse
2. Datengrundlage
3. Prognoseergebnisse im Einzelnen
  - 3.1 Gesamtentwicklung
  - 3.2 Entwicklung im Beamtenversorgungsbereich
  - 3.3 Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
4. Vergleich Prognose Stufe 5/2006 – Stufe 5/2008
5. Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen
6. Versorgungsausgaben außerhalb des Kernhaushaltes
  - 6.1 Landesbetriebe nach § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO)
  - 6.2 Rechtlich verselbständigte Einrichtungen
7. Bewertung
  - 7.1 Lineare Anpassungen
  - 7.2 Vergleich mit dem Haushalts – Ist
8. Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben
  - 8.1 Versorgungsrücklage nach § 14a BBesG
  - 8.2 Zusätzlicher Versorgungsfonds
  - 8.3 Sondervermögen Zusatzversorgung

##### **B. Schlussbetrachtung**

##### **C. Petitum**

## A. Bericht

Senat und Bürgerschaft haben sich in den letzten Jahren intensiv mit der Entwicklung der Versorgungsausgaben befasst. Ziel der Befassung mit der Problematik war es, einerseits Erkenntnisse über die Ausgabenentwicklung für den Hamburger Haushalt zu gewinnen, andererseits Möglichkeiten zu finden, den Ausgabenanstieg zu dämpfen. Um künftig die Ausgabenentwicklung möglichst frühzeitig einschätzen zu können, hatte sich der Senat bereits 1999 für die Entwicklung eines Instrumentes entschieden, mit dem im Hinblick auf die demografische Entwicklung die Zahl der Versorgungsberechtigten und die aufzuwendenden Versorgungsausgaben prognostiziert sowie alternative Szenarien simuliert werden können. Prof. Dr. Dietmar Pfeifer, Universität Oldenburg, Fachbereich Mathematik, hatte sich seinerzeit bereit erklärt, dieses Instrument im Rahmen eines Forschungsvorhabens zu einem EDV-orientierten Prognosesystem zu entwickeln. Erstmals im Januar 2001 hatte das Personalamt mit der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg eine bis zum 28. Februar 2006 befristete Forschungsvereinbarung auf dem Gebiet der „Prognose und Simulation zukünftiger Versorgungsausgaben im Öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg“ abgeschlossen. Zur Fortführung der Berichterstattung über die Entwicklung der Versorgungsausgaben war es erforderlich, dass der zum 28. Februar 2006 ausgelaufene Vertrag mit der Universität Oldenburg (Forschungsprojekt Prof. Dr. Pfeifer) erneuert wurde. Im Hinblick auf den gestiegenen Arbeitsaufwand und einen erweiterten Leistungsumfang (Modellrechnungen für künftige landesspezifische Rechtssetzungsverfahren auf Grund der Föderalismusreform 1) wird nunmehr für die Dauer von 3 Jahren (1. April 2007 bis 31. März 2010) ein Drittmittelprojekt finanziert.

Auf dieser Grundlage entwickelt Prof. Dr. Pfeifer unter Berücksichtigung der Rechtsentwicklung auch ein PC-gestütztes Prognosesystem; das Personalamt (Zentrum für Personaldienste) stellt jeweils die notwendigen Daten über den Personalbestand der Freien und Hansestadt Hamburg zur Verfügung.

Eine jährliche Berichterstattung gegenüber der Bürgerschaft über die Entwicklung der Versorgungsausgaben wurde bereits im Jahr 2004 im Haushaltsausschuss der Bürgerschaft zur Diskussion gestellt. Im Ergebnis wurde festgehalten, dass grundsätzlich eine Berichterstattung alle zwei Jahre – auch mit Blick auf die Doppelhaushalte – durchaus denkbar ist. Vor diesem Hintergrund erfolgt die aktuelle Berichterstattung zu den Haushaltsberatungen für die Jahre 2009/2010.

Grundlage der diesjährigen Stufe 5/2008 ist die Stufe 5/2006 des Prognoseinstrumentes aus dem Jahr 2006. Sie läuft weiterhin unter der Stufe 5 und wird als Stufe 5/2008 bezeichnet, da seit der letzten Berichterstattung über die Stufe 5/2006 (Drucksache 18/4736) keine Veränderung am Prognoseinstrument selbst vorgenommen worden ist.

Neben der jährlichen Aktualisierung des Datenbestandes zum Stichtag 1. Dezember sind die mit dem Hamburgischen Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2007/2008 vom 11. Juli 2007 beschlossenen linearen Anpassungen für den Besoldungs- und Versorgungsbereich in Höhe von 1,9 v. H. sowie die durch Tarifabschluss vom 8. Juni 2006 vereinbarte Tarifanpassung in Höhe von 2,9 v. H. – beide zum 1. Januar 2008 – in die Strukturentwicklung der Prognose eingeflossen. Die Strukturentwicklung bildet in der vorliegenden Prognose die Entwicklung ab dem Jahr 2008 ohne jede weitere lineare Anpassung ab und ermöglicht die Betrachtung von strukturellen Effekten, aktuell insbesondere durch die Ausgliederung des

Hamburgischen Instituts für Berufliche Bildung (HIBB) zum 1. Januar 2007. Die Betrachtung der Strukturentwicklung ist insbesondere deswegen wichtig, weil lineare Anpassungen immer im Licht der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung betrachtet werden müssen, deren Parameter – Bruttoinlandsprodukt oder Entwicklung der öffentlichen Haushalte – aber nur mit sehr großen Unsicherheiten über einen längeren Zeitraum vorher zu berechnen wären.

Die schrittweise Verringerung des Höchstruhegehaltssatzes von 75 v. H. auf 71,75 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 vom 20. Dezember 2001 (VersÄndG 2001, BGBl. I S. 3926) wird auch nach der Föderalismusreform 1 fortgeführt. Mit der linearen Anpassung zum 1. Januar 2008 erfolgte die 4. Stufe der Absenkung des Ruhegehaltssatzes nach dem VersÄndG 2001. Der Höchstruhegehaltssatz liegt nunmehr ab 2008 rechnerisch bei 73,37 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge.

Um die Ausgabenentwicklung möglichst frühzeitig einschätzen zu können und einen Einblick darüber zu bekommen, wie sich die Versorgungsausgaben einerseits bei linearen Anpassungen und andererseits bei zeitlicher Verschiebung dieser Anpassungen entwickeln werden und welche Ausgabenbandbreiten sich dadurch ergeben, sind in der Prognoseberechnung weitere, fiktive Bezügeanpassungen in Form jährlicher linearer Erhöhungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H., beginnend mit dem Jahr 2009, angenommen worden. Es werden Verläufe aufgezeigt, in denen fiktive, jährliche lineare Anpassungen für den Beamten- und Tarifbereich einerseits ab dem Jahr 2009 vorgesehen sind und andererseits die nächsten Anpassungen auf die Jahre 2010 und 2011 hinausgeschoben werden.

In der nachfolgenden Darstellung der Ergebnisse der Prognoseberechnungen werden sowohl die Gesamtentwicklung als auch die Teilbereiche Beamtenversorgung und Zusatzversorgung getrennt dargestellt; des weiteren werden die Werte im Prognoseausgangsjahr 2008, im Prognosemitteljahr 2018, im Prognoseendjahr 2028 sowie in den Jahren, in denen sich ein Höchststand in den jeweiligen Bereichen ergibt, aufgezeigt und durch Fettdruck hervorgehoben; auf Grund der Angabe des Höchststandes im jeweiligen Bereich ergeben sich zwangsläufig unterschiedliche Jahresangaben. Die Ausgaben im Text und in den Tabellen werden in Mio. Euro wiedergegeben.

In den Tabellen werden die Zahlen der erwarteten Berechtigten und die Ausgabenbeträge nicht durch Addition, bzw. die Differenzen nicht durch Subtraktion ermittelt. Jeder Bereich (Beamtenversorgung, Zusatzversorgung, Gesamtbereich) wird für sich berechnet, so dass Rundungsdifferenzen im Vergleich zum bloßen Additions- bzw. Subtraktionswert auftreten können. In den Grafiken sind unterschiedliche Skalierungen verwendet worden, um den Verlauf der einzelnen Darstellungen deutlich zu machen.

Im Hinblick auf die Veranschlagung des Doppelhaushaltes 2009/2010 und der Finanzplanung 2008-2012 werden auch für diese Jahre die Werte durchgängig dargestellt.

### 1. Zusammenfassung

Die Ergebnisse der Stufe 5/2008 der „Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im Öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg“ bestätigen einen Trend, den bereits die Prognosen der vergangenen Jahre aufgezeigt hatten:

- Im Prognosezeitraum ist nach wie vor mit einer Zunahme der Gesamtversorgungsausgaben zu rechnen,
- die Ausgabenentwicklung wird weiterhin überwiegend durch die Beamtenversorgung geprägt,

- die Ausgabenentwicklung im Beamtenbereich wird nach wie vor neben der demografischen Entwicklung maßgeblich durch die Einstellungen der Jahre zwischen 1960 und 1980, insbesondere im Bildungs- und Sicherheitsbereich bestimmt,
- Ausgliederungen führen zu einer haushaltssystematischen Absenkung der Ausgaben im Kernhaushalt.

Die Ergebnisse der Prognose zeigen einen durchgängigen Ausgabenanstieg bis zum Jahr 2023, allerdings auf geringerem Niveau als nach der vorangegangenen Prognose. Ein Grund hierfür sind Ausgliederungen, durch die der Kernhaushalt momentan „entlastet“ wird; gleichwohl werden spätere Versorgungsausgaben für die ausgegliederten Bereiche anteilig von der Freien und Hansestadt Hamburg zu zahlen sein. Konkret zeigen sich in der vorliegenden Prognose die Auswirkungen der zum 1. Januar 2007 ausgegliederten Landesbetriebe (LB) „Hamburgisches Institut für Berufliche Bildung (HIBB)“ und „Straßen, Brücken und Gewässer“. Diese Bereiche sind mit ca. 4.000 Beschäftigten – vorwiegend aus dem Bereich des HIBB – nicht mehr im Datenbestand der vorliegenden Prognose berücksichtigt worden und von daher auch nicht mehr in den prognostizierten Versorgungsausgaben enthalten. In den bisherigen Berichterstattungen über die Entwicklung der Versorgungsausgaben sind die Versorgungsausgaben des Kernhaushalts und der § 15 LHO-Betriebe aufgeführt worden. Die auf den Kernhaushalt anteilig entfallenden Versorgungsausgaben der § 26 LHO-Betriebe sowie entsprechende Anteile der ausgegliederten, rechtlich selbstständigen Einrichtungen waren nicht aufgenommen worden, werden aber in der Veranschlagung durch eine zentral im Einzelplan 9.2 ausgebrachte Risikovorsorge berücksichtigt. Um eine möglichst umfangreiche Prognose über die Ausgabenentwicklung zu gewährleisten, sollen nach Möglichkeit künftig auch die Versorgungsausgaben, die außerhalb des Kernhaushalts und der § 15 LHO-Betriebe für die Freie und Hansestadt Hamburg entstehen, einbezogen werden. In einem ersten Schritt hat das Personalamt die § 26 LHO-Betriebe in die Darstellung einbezogen und gesondert dargestellt (siehe Ziffer 6.1). Der zweite Bereich betrifft die rechtlich selbstständigen Einrichtungen ehemals der Freien und Hansestadt zugeordneter Behörden bzw. Behördenteile. Dieser Bereich ist mit den aus den Einrichtungen gelieferten Daten aufgenommen (siehe Ziffer 6.2).

Prof. Dr. Pfeifer vertritt die Auffassung, dass auf Grund der heute nicht einschätzbaren zukünftigen Entwicklungen gesellschaftlicher wie demografischer oder medizinischer Art ein Prognosezeitraum von maximal 20 Jahren für die Planung und Durchführung politischer Maßnahmen nicht überschritten werden sollte. Dementsprechend erfasst auch die vorliegende Prognose wie bisher einen Zeitraum von 20 Jahren (von 2008 bis 2028).

## 2. Datengrundlage

Wie in den Vorjahren wird die diesjährige auf versicherungsmathematischen Prinzipien beruhende Prognose auf der Basis von personenbezogenen, anonymisierten Daten der aktiven und passiven Angehörigen des öffentlichen Dienstes der Freien und Hansestadt Hamburg bzw. deren Hinterbliebenen, deren Versorgungsbezüge zulasten des Kernhaushalts verbucht werden, erstellt.

Nicht in die Prognose einbezogen sind die Verpflichtungen rechtlich selbstständiger Einrichtungen, für die Hamburg als Gewährträger kraft Gesetzes (Körperschaften und

Anstalten öffentlichen Rechts) oder durch Bürgschaften haftet. Für diese Fälle werden im kaufmännischen Jahresabschluss 2007 der Freien und Hansestadt Hamburg Rückstellungen für Versorgungsverpflichtungen in Höhe von 117,6 Mio. Euro passiviert. Hinzu kommen 812,4 Mio. Euro Pensionsrückstellungen für §§ 15(2)<sup>1)</sup> und 26(1) LHO-Betriebe sowie weitere 140,6 Mio. Euro Verbindlichkeiten, die über Gewährleistungszusagen der Stadt abgesichert sind.

Für den Bereich der § 26 LHO-Betriebe ist erstmals eine Prognose über die Entwicklung der Empfängerzahlen und die zu erwartenden Versorgungsausgaben gesondert dargestellt (siehe Ziffer 6.1).

In die Prognose sind grundsätzlich alle aktiv Beschäftigten und alle Versorgungsberechtigten einbezogen, die für Dezember 2007 Bezüge von der Freien und Hansestadt Hamburg erhalten haben.

Nicht in den Personenbestand aufgenommen sind die Waisen und die Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (BetrAVG).

Erfasst werden ausschließlich die Versorgungsausgaben. Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger, Versorgungsausgleiche an Sozialversicherungsträger und Zuführungen an Versorgungsrücklagen sind nicht enthalten.

Für die Prognose der Versorgungsausgaben wird regelmäßig von Prof. Dr. Pfeifer die Strukturentwicklung berechnet, also die Entwicklung ohne lineare Anpassungen, da sie die Betrachtung von Effekten ermöglicht, die sonst durch lineare Anpassungen verdeckt werden; daneben hat er fiktive lineare Anpassungen abgebildet (Szenarien mit 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. ab 2009, sowie einer Verschiebung der jährlichen linearen Anpassungen ab 2010 und ab 2011), deren Aussagewert allerdings insofern begrenzt ist, als diese linearen Anpassungen von der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung abhängig sind. Demgegenüber zeigt die Strukturentwicklung die strukturell bedingten Ausgaben auf, die unabhängig von linearen Anpassungen entstehen.

Stichtag für die Datenerhebung ist der 1. Dezember 2007, so dass strukturelle Bestandsveränderungen im Vergleich zur Datenerfassung für die Prognose Stufe 5/2006 (Stichtag 1. Dezember 2005) in die nun vorliegende Stufe 5/2008 eingeflossen sind.

## 3. Prognoseergebnisse im Einzelnen

Die Gesamtversorgungsausgaben setzen sich aus denen für die Beamtenversorgung und denen für die Zusatzversorgung zusammen. Diese tragen in unterschiedlichem Maß zur Gesamtausgabenentwicklung bei. Die Beamtenversorgung ist als ausschließliche Altersversorgung angelegt, während die Zusatzversorgung als betriebliche Altersversorgung zur gesetzlichen Rente hinzutritt.

<sup>1)</sup> Betrifft nur Kasse.Hamburg als Einrichtung nach § 15 LHO mit kaufmännischer Buchführung und eigenen Pensionsrückstellungen; die Daten der Kasse.Hamburg sind – wie die aller anderen § 15 LHO Betriebe auch – in der Prognose von Prof. Dr. Pfeifer enthalten.

## 3.1 Gesamtentwicklung

Die Entwicklung der Empfängerzahlen in der Beamtenversorgung und in der Zusatzversorgung ist im Prognosezeitraum gegenläufig: Einer Zunahme im Beamtenbereich steht eine Abnahme im Zusatzversorgungsbereich gegenüber.

Das Verhältnis der Empfängerzahlen in der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung hat sich im Vergleich zur letzten Prognose nur geringfügig geändert. In der vorliegenden Prognose liegt es im Datenerfassungsjahr 2007 bei 50,4 v. H. zu 49,6 v. H. und im Endjahr des Prognosezeitraums 2028 bei 59,3 v. H. zu 40,7 v. H. Über den gesamten Prognosezeitraum gesehen ändert sich das Verhältnis um 8,9 Prozentpunkte.

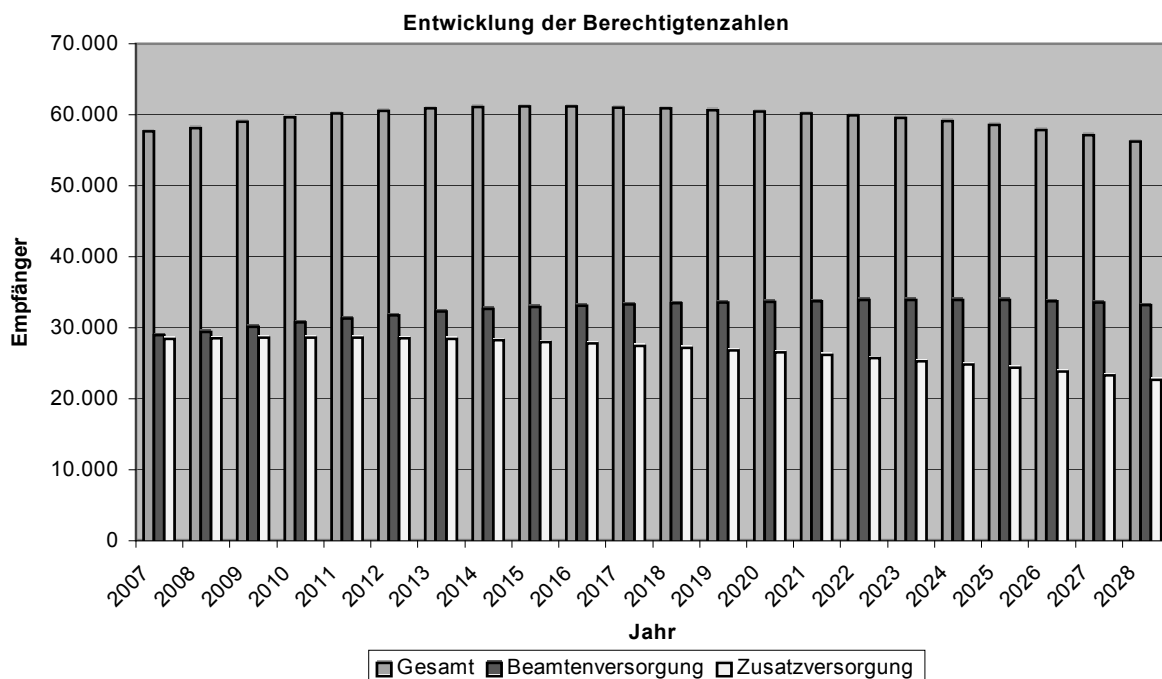
Tabelle 1: Empfängerzahlen – Verhältnis Beamtenversorgung - Zusatzversorgung

Jahr	Gesamt	Beamtenversorgung	% Anteil	Zusatzversorgung	% Anteil
2007	57.979	29.242	50,4	28.737	49,6
<b>2008</b>	<b>58.503</b>	<b>29.702</b>	50,8	<b>28.800</b>	49,2
2009	59.393	30.451	51,3	28.942	48,7
2010	60.035	31.083	51,8	<b>28.951</b>	48,2
2011	60.515	31.613	52,2	28.902	47,8
2012	60.924	32.116	52,7	28.809	47,3
2015	<b>61.570</b>	33.240	54,0	28.328	46,0
<b>2018</b>	<b>61.228</b>	<b>33.754</b>	55,1	<b>27.475</b>	44,9
2024	59.451	<b>34.270</b>	57,6	25.179	42,4
2025	58.906	34.216	58,1	24.691	41,9
2026	58.242	34.065	58,5	24.178	41,5
2027	57.453	33.835	58,9	23.618	41,1
<b>2028</b>	<b>56.557</b>	<b>33.551</b>	59,3	<b>23.005</b>	40,7

In der folgenden Grafik 1 sind die Veränderungen im Laufe des Prognosezeitraums grafisch dargestellt. Deutlich ist zu erkennen, wie das Verhältnis der Empfängerzahlen

in der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung in den ersten Jahren langsamer, dann aber deutlich stärker auseinanderläuft.

Grafik1: Empfängerzahlen: Gesamt - Beamtenversorgung - Zusatzversorgung



Das Verhältnis der Ausgaben der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung beträgt im Datenerfassungsjahr 2007 88,6 v. H. zu 11,4 v. H. und im Endjahr des Prognosezeitraums 2028 liegt es bei 92,1 v. H. zu 7,9 v. H. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Beamtenversorgung eine Vollversorgung ist, die Zusatzversorgung aber neben einer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt wird.

Auch die vorliegende Prognose Stufe 5/2008 bestätigt in genereller Betrachtung den Trend, der bereits in den letzten Jahren beobachtet wurde: Strukturell steigen die Ver-

sorgungsausgaben im Prognosezeitraum bis zum Jahr 2023 kontinuierlich an.

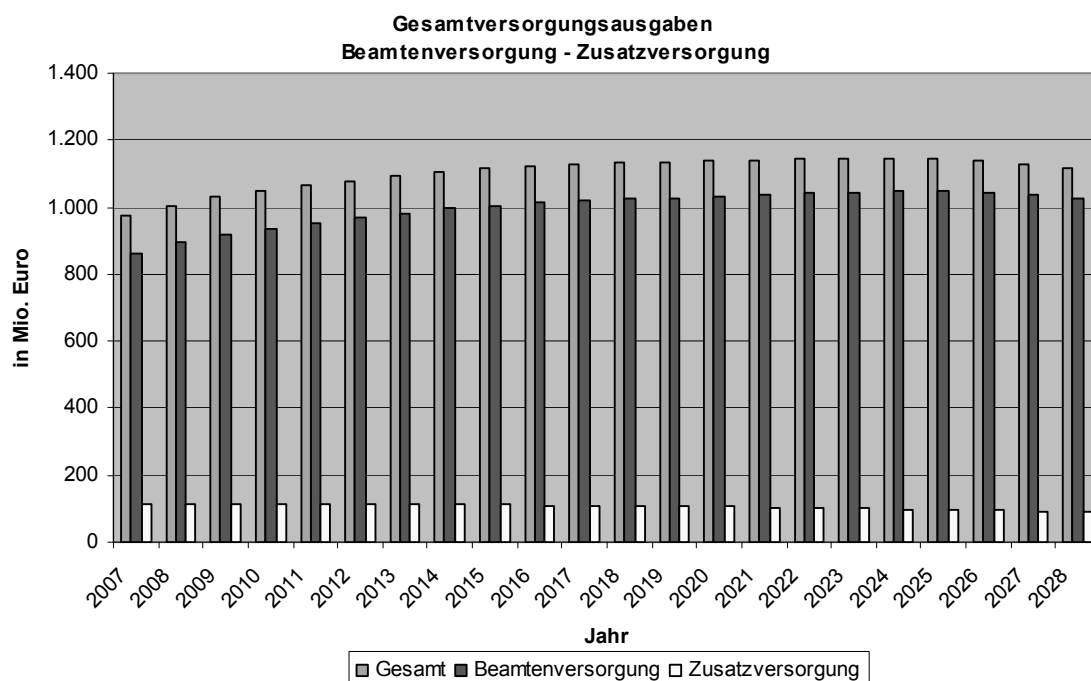
Ausgehend vom Datenerfassungsjahr 2007 mit 973 Mio. Euro wird bis zum Jahr 2023 (Ausgabenhöhepunkt) mit einem um 17,8 v. H. gestiegenen Volumen von 1.146 Mio. Euro zu rechnen sein, anschließend verringern sich die Gesamtausgaben um 29 Mio. Euro bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2028 auf 1.117 Mio. Euro; im Ergebnis wird für den Zeitraum 2007 bis 2028 strukturell mit einer prozentualen Steigerung von 14,8 v. H. zu rechnen sein.

Tabelle 2: Gesamtversorgungsausgaben (Beamten- und Zusatzversorgung) in Mio. Euro

Jahr	Strukturentwicklung in Mio. Euro				
	Gesamt	Beamtenversorgung	% Anteil	Zusatzversorgung	% Anteil
2007	973	862	88,6	111	11,4
<b>2008</b>	<b>1.006</b>	<b>894</b>	<b>88,9</b>	<b>112</b>	<b>11,1</b>
2009	1.029	917	89,1	112	10,9
2010	1.047	935	89,3	<b>112</b>	10,7
2011	1.063	951	89,5	112	10,5
2012	1.079	967	89,6	112	10,4
2013	1.094	982	89,8	112	10,2
<b>2018</b>	<b>1.133</b>	<b>1.025</b>	<b>90,5</b>	<b>108</b>	<b>9,5</b>
2019	1.135	1.028	90,6	107	9,4
<b>2023</b>	<b>1.146</b>	<b>1.045</b>	<b>91,2</b>	<b>100</b>	<b>8,8</b>
2024	1.146	<b>1.047</b>	91,4	98	8,6
2027	1.128	1.037	91,9	91	8,1
<b>2028</b>	<b>1.117</b>	<b>1.028</b>	<b>92,1</b>	<b>88</b>	<b>7,9</b>

Grafisch dargestellt zeigt sich das Verhältnis der Versorgungsausgaben in der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung wie folgt:

Grafik 2: Vergleich Versorgungsausgaben: Gesamtversorgung – Beamtenversorgung - Zusatzversorgung





Das Verhältnis der Ausgaben in der Beamtenversorgung zur Zusatzversorgung hat sich im Vergleich zur Prognose Stufe 5/2006 lediglich für das Datenerfassungsjahr geringfügig geändert. In 2007 liegt der Anteil der Beamtenversorgung an den Gesamtversorgungsausgaben um 0,7 Prozentpunkte höher als 2005 (Stufe 5/2006), für das Endjahr der aktuellen Prognose 2028 ist keine Veränderung zu verzeichnen.

Anpassungsverschiebungen auf die Jahre 2010 und 2011

Die folgende Tabelle 3 zeigt zum einen die Strukturentwicklung für die Gesamtversorgungsausgaben (Zusatzver-

sorgungs- und den Beamtenversorgungsbereich) und zum anderen, wie sich die Gesamtversorgungsausgaben entwickeln würden, wenn es im öffentlichen Dienst für die aktiven Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte) tarifliche Erhöhungen und für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger jährliche lineare Besoldungs- und Versorgungsanpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H., ab dem Jahr 2009 oder bei einer Verschiebung erstmals ab dem Jahr 2010 (d. h. für 2009 keine lineare Erhöhung) oder erst ab dem Jahr 2011 (d. h. für 2009 und 2010 keine linearen Erhöhungen) geben würde.

Tabelle 3: Gesamtbereich: Strukturentwicklung und Verschiebung jährlicher linearer Erhöhungen in Mio. Euro

Jahr	Struktur- entwicklung	in Mio. Euro								
		jährliche lineare Anpassungen ab								
		2009			2010			2011		
		1%	2%	3%	1%	2%	3%	1%	2%	3%
2007	973	973	973	973	973	973	973	973	973	973
<b>2008</b>	<b>1.006</b>	<b>1.006</b>	<b>1.006</b>	<b>1.006</b>	<b>1.006</b>	<b>1.006</b>	<b>1.006</b>	<b>1.006</b>	<b>1.006</b>	<b>1.006</b>
2009	1.029	<b>1.033</b>	<b>1.042</b>	<b>1.051</b>	1.029	1.029	1.029	1.029	1.029	1.029
2010	1.047	1.056	1.075	1.094	<b>1.052</b>	<b>1.061</b>	<b>1.070</b>	1.047	1.047	1.047
2011	1.063	1.076	1.105	1.135	1.072	1.091	1.110	<b>1.067</b>	<b>1.077</b>	<b>1.086</b>
2012	1.079	1.096	1.136	1.178	1.092	1.122	1.152	1.087	1.107	1.127
<b>2018</b>	<b>1.133</b>	<b>1.217</b>	<b>1.335</b>	<b>1.463</b>	<b>1.206</b>	<b>1.310</b>	<b>1.423</b>	<b>1.195</b>	<b>1.286</b>	<b>1.384</b>
2022	1.144	1.279	1.457	1.660	1.267	1.430	1.614	1.255	1.403	1.569
2023	<b>1.146</b>	1.293	1.488	1.712	1.281	1.460	1.664	1.269	1.433	1.617
2024	1.146	1.305	1.517	1.763	1.293	1.489	1.713	1.281	1.461	1.665
2027	1.128	1.324	1.586	1.898	1.311	1.555	1.844	1.299	1.526	1.792
<b>2028</b>	<b>1.117</b>	<b>1.324</b>	<b>1.602</b>	<b>1.936</b>	<b>1.312</b>	<b>1.571</b>	<b>1.881</b>	<b>1.299</b>	<b>1.542</b>	<b>1.828</b>

In der vorstehenden Tabelle 3 zeigt sich deutlich, wie sich die Beträge der Gesamtstrukturentwicklung halten, wenn keine linearen Anpassungen vorgesehen sind (kursiv). In dem Jahr, in dem erstmals die fiktiven linearen Anpassungen wirksam werden, sind auch diese Beträge in der Tabelle durch Fettdruck gekennzeichnet. Daneben zeigt sich, wie die Ausgaben in 2010 (2011) geringer werden, wenn die jährliche lineare Anpassung hinausgeschoben wird und es im Jahr 2009 (2009 und 2010) keine Anpassung gäbe. Bei einer jährlichen linearen Anpassung von 1 v. H. ab dem Jahr 2009 werden zum Prognosemittelpunkt 2018 Ausgaben in Höhe von 1.217 Mio. Euro erwartet, bei einer Verschiebung der Anpassungen, d. h. Anpassungen erst ab dem Jahr 2010, wäre mit Ausgaben in Höhe von 1.206 Mio. Euro zu rechnen, mithin 11 Mio. Euro weniger. Für das Endjahr der Prognose 2028 liegt die rechnerische Differenz bei einer Verschiebung von 2009 auf 2010 bei 12 Mio. Euro. Der Ausgabenhöhepunkt ist in der Strukturentwicklung im Jahr 2023 zu erwarten, bei einer fiktiven, jährli-

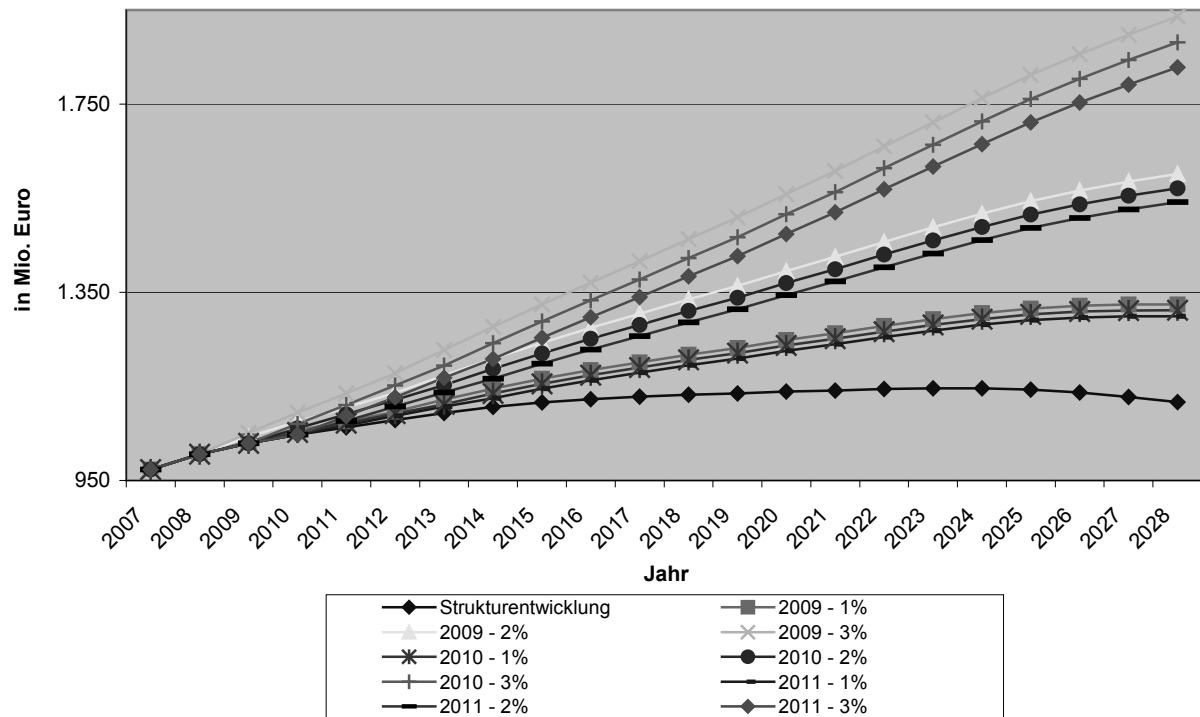
chen linearen Anpassung von jährlich 1 v. H. für die Jahre 2009, 2010 und 2011 liegen die Ausgabenhöhepunkte jeweils im Endjahr des Prognosezeitraumes 2028; geht man von einer höheren, fiktiven, jährlichen linearen Anpassung aus, liegen die Ausgabenhöhepunkte außerhalb des Prognosezeitraums. Das bedeutet, dass sich der Ausgabenhöhepunkt mit jeder linearen Erhöhung und mit jedem Hinausschieben linearer Anpassungen verschiebt.

Nachfolgend wird die Tabelle 3 grafisch umgesetzt. In der Grafik 3 zeigen sich neben den drei Hauptströmungen mit 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. fiktiver, jährlicher linearer Anpassungen auch die Verschiebungen nach unten, wenn die Anpassungen um ein bzw. zwei Jahre hinausgeschoben werden.

Die Grafik verdeutlicht zum einen den Einfluss linearer Erhöhungen auf die Ausgabenentwicklung und zeigt zum anderen, wie sich die Verschiebung etwaiger linearer Anpassungen dämpfend auf die Ausgaben auswirkt.

Grafik 3: Gesamtbereich: Strukturentwicklung und jährliche, lineare Anpassungen mit Verschiebung in Mio. Euro

**Jährliche lineare Anpassungen ab 2009 und Verschiebung ab 2010 und ab 2011  
mit 1 % - 2 % - 3 %**



In der folgenden Tabelle 4 wird der prozentuale Ausgabenanstieg für die erste Hälfte des Prognosezeitraums (2007 – 2018) und für den Gesamtprognosezeitraum (2007 – 2028) in Verbindung mit fiktiven, linearen Anpassungen von jährlich 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. ab dem Jahr 2009 und mit einer Verschiebung ab 2010 und ab 2011 aufgezeigt. Deut-

lich ist zu erkennen, welchen Einfluss lineare Anpassungen und tarifliche Erhöhungen auf die Versorgungsausgaben haben. Bezugspunkt für die Berechnungen ist jeweils das Datenerfassungsjahr 2007 mit einem Betrag von 973 Mio. Euro.

Tabelle 4: Prozentuale Erhöhungen – Überblick Gesamtversorgung (Beamte und Tarif)

Zeitraum von - bis		Struktur- entwicklung	lineare Erhöhung ab	prozentuale Erhöhungen der Ausgaben bei jährlicher Anpassung um		
				1%	2%	3%
				in v. H.		
2007-2018		16,4	ohne	-	-	-
	2007-2028	16,7	ohne	-	-	-
2007-2018		-	2009	25,1	37,1	50,3
	2007-2028	-	2009	36,1	64,6	98,9
2007-2018		-	2010	23,9	34,6	46,2
	2007-2028	-	2010	34,8	61,4	93,2
2007-2018		-	2011	22,8	32,1	42,2
	2007-2028	-	2011	33,5	59,4	87,8

## 3.2 Entwicklungen im Beamtenversorgungsbereich

Im Beamtenversorgungsbereich entwickelt sich die Anzahl der zu erwartenden Versorgungsempfängerinnen und -empfänger ausgehend vom Datenerfassungsjahr 2007 mit 29.242 Berechtigten bis zum Höchststand von 34.270 Berechtigten im Jahr 2024 stetig steigend. Anschließend sinkt die Empfängerzahl bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2028 geringfügig auf 33.551 Versorgungsberechtigte. Bezogen auf das Datenerfassungsjahr 2007 beträgt der prozentuale Zuwachs der erwarteten Berechtigten bis zum Prognosemitteljahr 2018 15,4 v. H., bis zum Höchststand im Jahr 2024 sind es 17,2 v. H. und bis zum Endjahr des Prognosezeitraums 2028 ist mit einer Gesamterhöhung der Empfängerzahlen (2007 bis 2028) von 14,7 v. H. zu rechnen.

Die Entwicklung der Versorgungsausgaben ist abhängig von den Berechtigtenzahlen. In der Strukturentwicklung werden die Versorgungsausgaben von 862 Mio. Euro im Datenerfassungsjahr 2007 bis zum Höchstbetrag 1.047 Mio. Euro im Jahr 2024 ansteigen, danach verringern sich die Ausgaben zum Endjahr des Prognosezeitraums 2028 bis auf 1.028 Mio. Euro; bezogen auf das Datenerfassungsjahr 2007 steigen die Ausgaben bis 2028 insgesamt um 19,3 v. H. Die Entwicklung der Versorgungsausgaben stellt sich für die Strukturentwicklung, in der die zum 1. Januar 2008 beschlossenen linearen Anpassungen in Höhe von 1,9 v. H. bereits eingeflossen und ab 2009 keine weiteren linearen Anpassungen vorgesehen sind, sowie für die Szenarien mit jährlichen linearen Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. ab dem Jahr 2009 wie folgt dar:

Tabelle 5: Beamtenbereich: Strukturentwicklung und jährliche lineare Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. in Mio. Euro

Jahr	Beamten- versorgung Berechtigte	in Mio. Euro			
		Strukturentwicklung	lineare Anpassung ab 2009 jährlich um		
			1%	2 %	3%
2007	29.242	862	862	862	862
<b>2008</b>	<b>29.702</b>	<b>894</b>	<b>894</b>	<b>894</b>	<b>894</b>
2009	30.451	917	<b>921</b>	<b>930</b>	939
2010	31.083	935	944	962	981
2011	31.613	951	964	992	1.022
2012	32.116	967	984	1.024	1.064
2013	32.571	982	1.010	1.060	1.114
<b>2018</b>	<b>33.754</b>	<b>1.025</b>	<b>1.107</b>	<b>1.222</b>	<b>1.347</b>
2019	33.863	1.028	1.122	1.251	1.392
2024	<b>34.270</b>	<b>1.047</b>	1.201	1.406	1.644
2025	34.216	1.047	1.213	1.434	1.693
<b>2028</b>	<b>33.551</b>	<b>1.028</b>	<b>1.228</b>	<b>1.495</b>	<b>1.817</b>

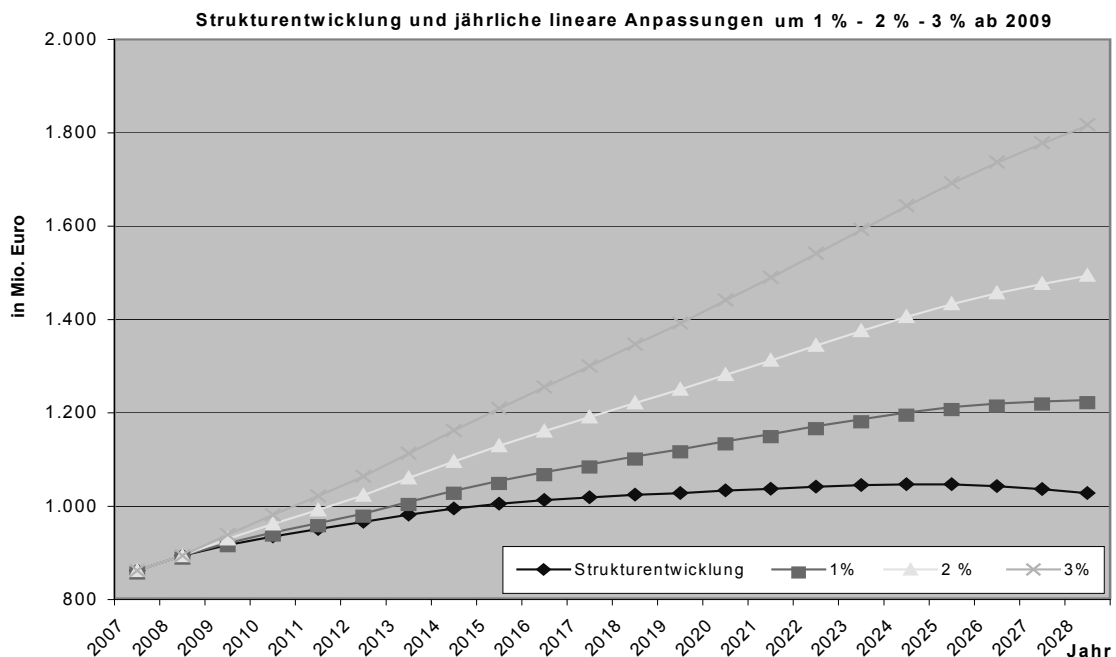
Wie aus der vorstehenden Tabelle 5 ersichtlich, fällt der Anstieg sowohl bei den Berechtigtenzahlen als auch bei den Versorgungsausgaben in der ersten Hälfte des Prognosezeitraums bis 2018 sehr viel stärker aus als in der zweiten Hälfte des Prognosezeitraums. Bis zum Prognosemitteljahr 2018 wird bei den Berechtigtenzahlen mit einem Zuwachs von 15,4 v. H. (4.512 Versorgungsberechtigte) und mit einem Ausgabenzuwachs von 18,8 v. H. (163 Mio. Euro) in der Strukturentwicklung zu rechnen sein. Hier zeigen sich die Folgen der demografischen Entwicklung und des Einstellungsverhaltens zwischen den Jahren 1960 und 1980. In der zweiten Prognosehälfte sinken die Berechtigtenzahlen im Ergebnis um 0,7 Prozentpunkte (=203 Versorgungsberechtigte) auf 14,7 v. H. und die Ver-

sorgungsausgaben verringern sich um 2,1 Prozentpunkte (=17 Mio. Euro) auf 22,0 v. H. Der Ausgabensprung um 32 Mio. Euro vom Datenerfassungsjahr 2007 auf das erste Prognosejahr 2008 ist neben einer allgemeinen Zunahme der Versorgungsberechtigten auch auf die zum 1. Januar 2008 wirksam gewordenen linearen Anpassungen zurückzuführen.

Die nachfolgende Grafik 4 zeigt zum einen die beschriebenen Auswirkungen in der Strukturentwicklung, zum anderen den Einfluss fiktiver, jährlicher linearer Anpassungen ab dem Jahr 2009 in Höhe von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. Für diese drei Szenarien wird der Ausgabenhöhepunkt nicht mehr innerhalb des 20-jährigen Prognosezeitraums erreicht.



Grafik 4: Beamtenbereich: Strukturentwicklung und jährliche lineare Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. ab 2009 in Mio. Euro



Anpassungsverschiebungen auf die Jahre 2010 und 2011

Die folgende Tabelle 6 zeigt zum einen die Strukturentwicklung für den Beamtenversorgungsbereich und zum anderen, wie sich die Versorgungsausgaben für den Beamtenbereich entwickeln würden, wenn es im öffentlichen Dienst für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versor-

gungsempfängerinnen und -empfänger lineare Besoldungs- und Versorgungsanpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H., ab dem Jahr 2009 oder erstmals ab dem Jahr 2010 (d. h. für 2009 keine lineare Erhöhung) oder erst ab dem Jahr 2011 (d. h. für 2009 und 2010 keine linearen Erhöhungen) geben würde.

Tabelle 6: Beamtenbereich: Strukturentwicklung und Verschiebung jährlicher linearer Erhöhungen in Mio. Euro

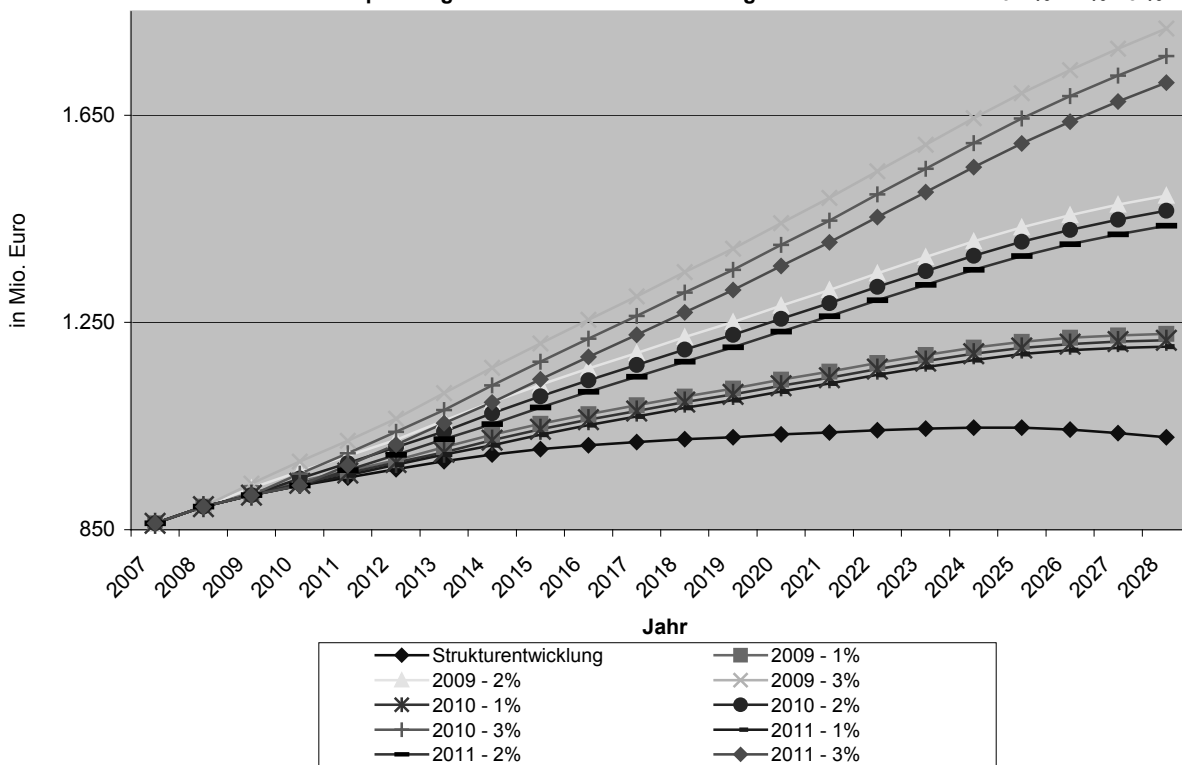
Jahr	Struktur- entwicklung	in Mio. Euro								
		Jährliche lineare Anpassungen ab								
		2009			2010			2011		
		1%	2%	3%	1%	2%	3%	1%	2%	3%
2007	862	862	862	862	862	862	862	862	862	862
<b>2008</b>	<b>894</b>	<b>894</b>	<b>894</b>	<b>894</b>	<b>894</b>	<b>894</b>	<b>894</b>	<b>894</b>	<b>894</b>	<b>894</b>
2009	917	<b>921</b>	<b>930</b>	<b>939</b>	917	917	917	917	917	917
2010	935	944	962	981	<b>939</b>	<b>949</b>	<b>958</b>	935	935	935
2011	951	964	992	1.022	959	978	998	<b>955</b>	<b>965</b>	<b>974</b>
2012	967	984	1.024	1.064	980	1.009	1.039	975	995	1.014
2013	982	1.010	1.060	1.114	1.000	1.040	1.081	995	1.025	1.055
2014	995	1.033	1.096	1.162	1.023	1.075	1.129	1.013	1.054	1.096
2015	1.005	1.054	1.130	1.210	1.044	1.107	1.174	1.034	1.086	1.140
2016	1.013	1.073	1.161	1.255	1.062	1.138	1.219	1.052	1.116	1.183
2017	1.019	1.090	1.191	1.301	1.079	1.168	1.263	1.069	1.145	1.226
<b>2018</b>	<b>1.025</b>	<b>1.107</b>	<b>1.222</b>	<b>1.347</b>	<b>1.096</b>	<b>1.198</b>	<b>1.308</b>	<b>1.085</b>	<b>1.174</b>	<b>1.270</b>
2022	1.042	1.172	1.345	1.542	1.160	1.319	1.497	1.149	1.293	1.453
2023	1.045	1.187	1.376	1.593	1.175	1.349	1.547	1.164	1.323	1.502
2024	<b>1.047</b>	1.201	1.406	1.644	1.189	1.379	1.596	1.178	1.352	1.550
2025	1.047	1.213	1.434	1.693	1.201	1.406	1.643	1.189	1.378	1.596
2026	1.043	1.221	1.457	1.737	1.209	1.429	1.687	1.197	1.401	1.638
2027	1.037	1.225	1.477	1.778	1.213	1.448	1.727	1.201	1.420	1.676
<b>2028</b>	<b>1.028</b>	<b>1.228</b>	<b>1.495</b>	<b>1.817</b>	<b>1.216</b>	<b>1.466</b>	<b>1.764</b>	<b>1.204</b>	<b>1.437</b>	<b>1.713</b>

In der vorstehenden Tabelle 6 zeigt sich deutlich, wie sich die Beträge der Strukturentwicklung halten, wenn keine lineare Anpassung vorgesehen ist (kursiv). In dem Jahr, in dem erstmals die fiktiven linearen Anpassungen wirksam werden, sind auch diese Beträge in der Tabelle durch Fettdruck gekennzeichnet. Daneben zeigt sich, wie die Ausgaben in 2010 (2011) geringer werden, wenn die linearen Anpassungen hinausgeschoben werden und es im Jahr 2009 (2009 und 2010) keine Anpassungen gibt. Bei einer jährlichen linearen Anpassung von 1 v. H. ab dem Jahr 2009 werden zum Prognosemitteljahr 2018 Ausgaben in Höhe von 1.107 Mio. Euro erwartet, bei einer Verschiebung auf das Jahr 2010 muss mit Ausgaben in Höhe von 1.096 Mio. Euro gerechnet werden, mithin 11 Mio. Euro weniger. Für das Endjahr der Prognose 2028 liegt die rechnerische Differenz zwischen den Jahren 2009 und 2010 bei 12 Mio. Euro.

Der Ausgabenhöhepunkt verschiebt sich mit jeder linearen Erhöhung und mit jedem Hinausschieben linearer Anpassungen. In der Strukturentwicklung ist er im Jahr 2024 zu erwarten, bei einer fiktiven, jährlichen linearen Anpassung von 1 v. H. ab 2009, ab 2010 und ab 2011 liegen die Ausgabenhöhepunkte jeweils im Endjahr des Prognosezeitraumes 2028; geht man von einer höheren fiktiven, jährlichen linearen Anpassung aus, liegt der Ausgabenhöhepunkt außerhalb des Prognosezeitraums.

Nachfolgend wird die Tabelle 6 grafisch umgesetzt. In der Grafik 5 zeigen sich neben den drei Hauptströmungen mit 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. fiktiver, jährlicher linearer Anpassungen auch die Verschiebungen nach unten, wenn die Anpassungen um ein bzw. zwei Jahre hinausgeschoben werden. Die Grafik verdeutlicht zum einen den Einfluss linearer Erhöhungen auf die Ausgabenentwicklung und zeigt zum anderen, wie sich die Verschiebung etwaiger linearer Anpassungen dämpfend auf die Ausgaben auswirkt.

Grafik 5: Beamtenbereich: Strukturentwicklung und Verschiebung jährlicher linearer Erhöhungen in Mio. Euro  
Jährliche lineare Anpassungen ab 2009 und Verschiebung ab 2010 und ab 2011 mit 1 % - 2 % - 3 %



In der folgenden Tabelle 7 wird der prozentuale Ausgabenanstieg für die erste Hälfte des Prognosezeitraums (2007 – 2018) und für den Gesamtprognosezeitraum (2007 – 2028) in Verbindung mit fiktiven, jährlichen linearen Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. ab dem Jahr 2009 und mit

einer Verschiebung ab dem Jahre 2010 und ab 2011 aufgezeigt. Deutlich ist auch hier zu erkennen, wie sich lineare Anpassungen auf die Versorgungsausgaben auswirken. Bezugspunkt für die Berechnungen ist jeweils das Datenerfassungsjahr 2007 mit einem Betrag von 862 Mio. Euro.

Tabelle 7: Prozentuale Erhöhungen – Überblick Beamtenversorgung

Zeitraum von - bis		Struktur- entwicklung	lineare Erhöhung ab	prozentuale Erhöhungen der Ausgaben bei jährlicher Anpassung um		
				1%	2%	3%
				in v. H.		
2007-2018		18,8	ohne	-	-	-
	2007-2028	19,3	ohne	-	-	-
2007-2018		-	2009	28,4	41,7	56,2
	2007-2028	-	2009	42,4	73,4	110,8
2007-2018		-	2010	27,1	38,9	51,7
	2007-2028	-	2010	41	70	104,6
2007-2018		-	2011	25,9	36,2	47,3
	2007-2028	-	2011	39,6	66,7	98,7

## 3.3 Entwicklung im Zusatzversorgungsbereich

Die hamburgischen Beschäftigten erhalten im Versorgungsfall neben ihrer Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine Versorgung nach dem Hamburgischen Zusatzversorgungsgesetz (HmbZVG). Im Zusatzversorgungsbereich ist das Ruhegeld der vorhandenen Versorgten nicht mehr von den Tarifierungen des öffentlichen Dienstes abhängig. Eine Erhöhung des Ruhegeldes ist von

Gesetzes wegen dauerhaft mit 1 v. H. – jeweils zum Juli eines Jahres – im HmbZVG festgeschrieben und in der Prognose für diesen Bereich in der Strukturentwicklung bereits berücksichtigt. Die fiktiv berücksichtigten Anpassungen in Höhe von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. beziehen sich nur auf den Aktivbereich und wirken auf die Versorgung nur insoweit, als das letzte Entgelt Grundlage für die Berechnung der Zusatzversorgung ist.

Tabelle 8\*\*: Tarifbereich: Strukturentwicklung und jährliche lineare Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. in Mio. Euro

Jahr	Versorgte	in Mio. Euro			
		Struktur- entwicklung	lineare Anpassung ab 2009 jährlich um		
			1%*	2 %*	3%*
2007	28.737	111,15	111,15	111,15	111,15
<b>2008</b>	28.800	111,61	111,61	111,61	111,61
2009	28.942	112,11	<b>112,16</b>	<b>112,20</b>	<b>112,25</b>
2010	<b>28.951</b>	<b>112,22</b>	112,35	112,50	112,64
2011	28.902	112,11	<b>112,38</b>	112,65	112,92
2012	28.809	111,88	112,32	112,77	113,24
2013	28.694	111,62	112,29	112,98	113,71
2017	27.784	108,93	110,94	<b>113,10</b>	115,46
<b>2018</b>	27.475	107,88	110,33	113,00	115,92
2019	27.160	106,75	109,69	112,93	116,50
2027	23.618	91,06	98,83	108,09	<b>119,17</b>
<b>2028</b>	23.005	88,21	96,61	106,74	118,96

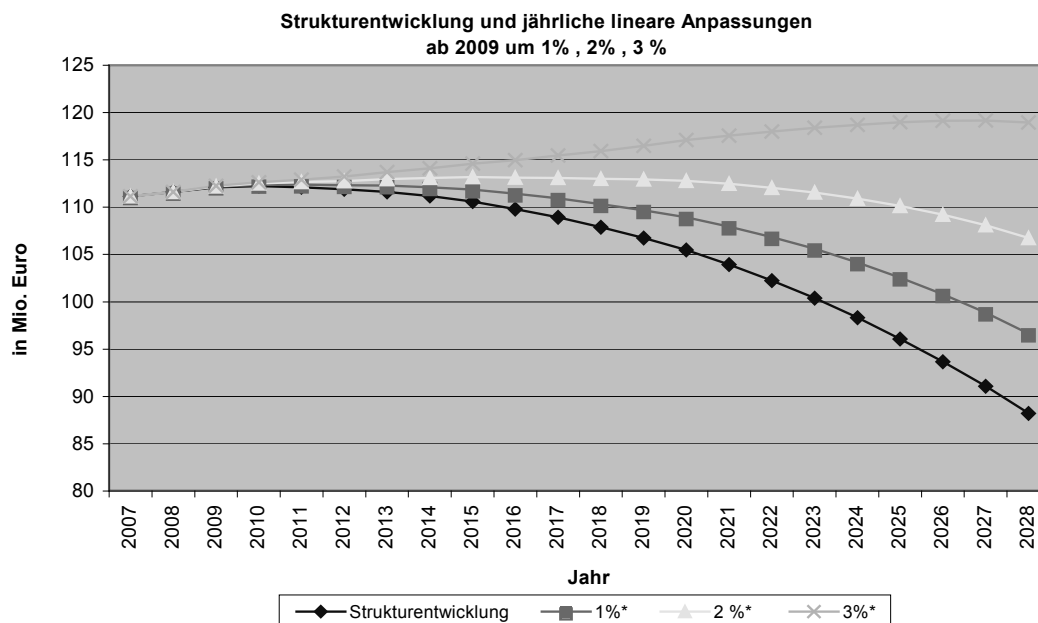
\* Nur für Beschäftigte, nicht für Versorgte

\*\* Zur Verdeutlichung sind in der Tabelle die Beträge mit zwei Nachkommastellen ausgewiesen

Die folgende Grafik 6 verdeutlicht auch in diesem Bereich den Einfluss linearer Anpassungen auf die Ausgabenent-

wicklung, da sich die Zusatzversorgung nach dem letzten Entgelt richtet.

Graphik 6: Tarifbereich: Strukturentwicklung und jährliche lineare Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. ab 2009 in Mio. Euro



\* Nur für Beschäftigte, nicht für Versorgte

#### Anpassungsverschiebungen auf die Jahre 2010 und 2011

Die folgende Tabelle 9 zeigt zum einen die Strukturentwicklung für den Zusatzversorgungsbereich und zum anderen, wie sich die Versorgungsausgaben für den Tarifbereich entwickeln würden, wenn es im öffentlichen Dienst für die aktiven Arbeitnehmer jährlich tarifliche Erhöhungen in Höhe von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H., ab dem Jahr 2009 oder erstmals ab dem Jahr 2010 (d. h. für 2009 keine lineare Erhöhung) oder aber erst ab dem Jahr 2011 (d. h. für 2009 und 2010 keine linearen Erhöhungen) geben würde. Bei Betrachtung der Tabelle muss auch an dieser

Stelle berücksichtigt werden, dass für den Zusatzversorgungsbereich die jährlichen Erhöhungen in Höhe von 1 v. H. bereits in die Strukturentwicklung eingeflossen sind; diese Erhöhungen sind gesetzlich im HmbZVG festgeschrieben. Die o. g. fiktiv angenommenen prozentualen Erhöhungen wirken sich nur auf das Entgelt für aktiv Beschäftigte aus, das wiederum Grundlage für die Berechnung des Ruhegelds ist.

Zur Verdeutlichung sind die Beträge in der nachfolgenden Tabelle mit einer – für die Jahre der Anpassungsverschiebung – mit zwei Nachkommastellen ausgewiesen.

Tabelle 9: Zusatzversorgungsbereich: Strukturentwicklung und Verschiebung jährlicher tariflicher Erhöhungen in Mio. Euro

Jahr	Struktur- entwicklung	in Mio. Euro								
		Jährliche lineare Anpassungen ab								
		2009			2010			2011		
		1%	2%	3%	1%	2%	3%	1%	2%	3%
2007	111,1	111,1	111,1	111,1	111,1	111,1	111,1	111,1	111,1	111,1
2008	111,6	111,6	111,6	111,6	111,6	111,6	111,6	111,6	111,6	111,6
2009	112,1	112,16	112,20	112,25	112,11	112,11	112,11	112,11	112,11	112,11
2010	112,2	112,35	112,50	112,64	112,29	112,35	112,43	112,22	112,22	112,22
2011	112,1	112,38	112,65	112,92	112,29	112,47	112,65	112,20	112,29	112,38
2012	111,9	112,3	112,8	113,2	112,2	112,5	112,9	112,1	112,3	112,5
2013	111,6	112,3	113,0	113,7	112,1	112,7	113,3	112,0	112,4	112,8
2014	111,2	112,1	113,1	114,1	112,0	112,8	113,6	111,8	112,4	113,1
2015	110,6	111,9	113,2	114,6	111,7	112,8	114,0	111,5	112,4	113,4
2016	109,8	111,4	113,1	115,0	111,2	112,7	114,3	111,0	112,3	113,6
2017	108,9	110,9	113,1	115,5	110,7	112,6	114,6	110,5	112,1	113,9
2018	107,9	110,3	113,0	115,9	110,1	112,4	115,0	109,8	111,9	114,1
2019	106,7	109,7	112,9	116,5	109,4	112,3	115,5	109,1	111,7	114,5
2020	105,5	108,9	112,8	117,1	108,6	112,1	116,0	108,3	111,5	114,9
2021	103,9	108,0	112,5	117,6	107,6	111,7	116,3	107,3	111,0	115,1
2022	102,3	106,8	112,1	118,0	106,5	111,3	116,6	106,1	110,5	115,3
2023	100,4	105,6	111,6	118,4	105,2	110,7	116,9	104,9	109,9	115,5
2024	98,3	104,1	110,9	118,7	103,7	110,0	117,1	103,4	109,1	115,6
2025	96,1	102,5	110,1	119,0	102,1	109,2	117,3	101,7	108,2	115,6
2026	93,7	100,8	109,2	119,1	100,4	108,2	117,4	99,9	107,2	115,6
2027	91,1	98,8	108,1	119,2	98,4	107,0	117,3	97,9	106,0	115,4
2028	88,2	96,6	106,7	119,0	96,1	105,6	117,0	95,7	104,5	115,0

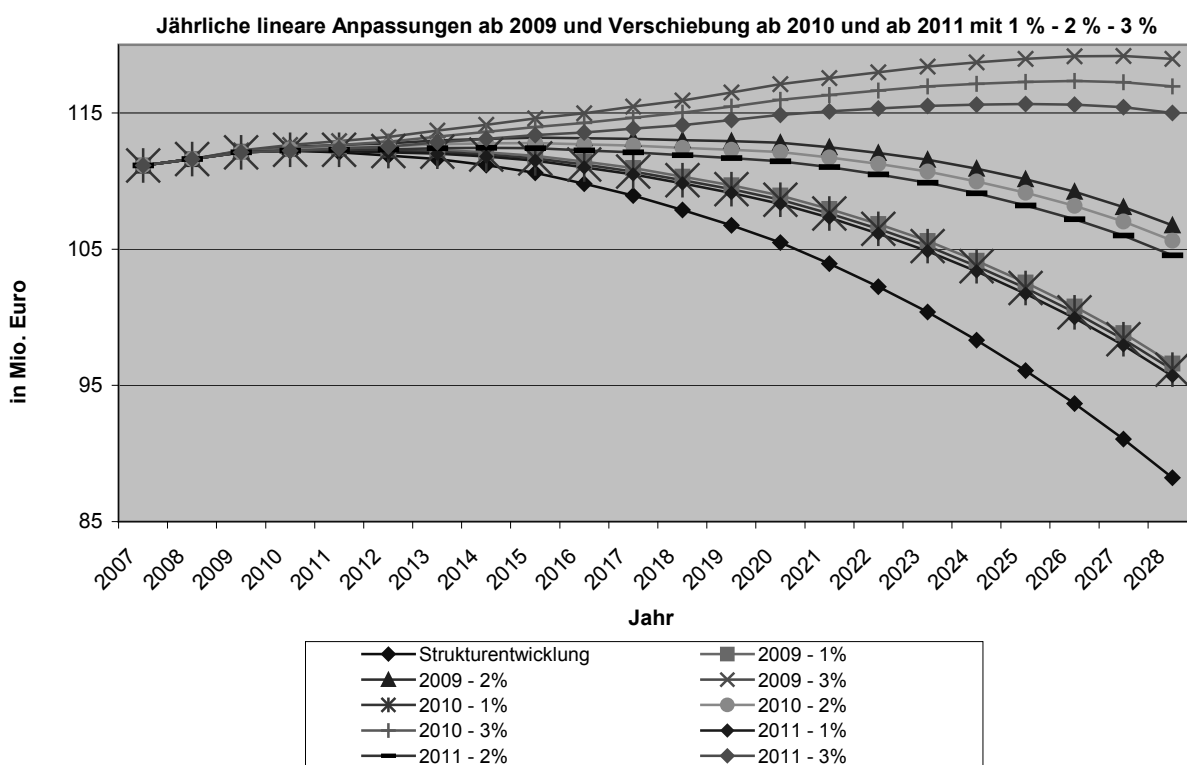
In der vorstehenden Tabelle 9 zeigt sich, wie sich die Beträge der Strukturentwicklung halten, wenn keine lineare Anpassung vorgesehen ist (kursiv). In dem Jahr, in dem erstmals die fiktiven linearen Anpassungen wirksam werden, sind auch diese Beträge in der Tabelle durch Fettdruck gekennzeichnet. Daneben zeigt sich, wie die Ausgaben in 2010 (2011) geringer werden, wenn die erstmalige lineare Anpassung hinausgeschoben wird und es im Jahr 2009 (2009 und 2010) eine so genannte „Nullrunde“ gibt. Bei einer linearen Anpassung von jährlich 1 v. H. ab dem Jahr 2009 werden zum Prognosemitteljahr 2018 Ausgaben in Höhe von 110,3 Mio. Euro erwartet, bei einer Verschiebung der Anpassungen, beginnend ab dem Jahr 2010, muss mit Ausgaben in Höhe von 110,1 Mio. Euro gerechnet werden, mithin 0,2 Mio. Euro weniger. Für das Endjahr der

Prognose 2028 liegt die rechnerische Differenz zwischen den Jahren 2009 und 2010 bei 0,5 Mio. Euro. Der Ausgabenhöhepunkt ist in der Strukturentwicklung im Jahr 2010 zu erwarten.

Nachfolgend wird die Tabelle 9 grafisch umgesetzt. In der Grafik 7 zeigen sich neben den drei Hauptströmungen mit 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. fiktiver, jährlicher linearer Anpassungen auch die Verschiebungen nach unten, wenn die Anpassung um ein bzw. zwei Jahre hinausgeschoben wird.

Die Grafik verdeutlicht zum einen den Einfluss linearer Erhöhungen auf die Ausgabenentwicklung und zeigt zum anderen, wie sich die Verschiebung etwaiger linearer Anpassungen dämpfend auf die Ausgaben auswirkt.

Grafik 7: Zusatzversorgung - Strukturentwicklung und mit linearer Anpassungsverschiebung in Mio. Euro



In der folgenden Tabelle 10 wird die prozentuale Ausgabenminderung bzw. der Ausgabenanstieg für die erste Hälfte des Prognosezeitraums (2007 – 2018) und für den Gesamtprognosezeitraum (2007 – 2028) in Verbindung mit fiktiven, jährlichen linearen Anpassungen von 1 v. H., 2 v. H. und 3 v. H. für das Jahr 2009 und einer Verschiebung

auf die Jahre 2010 und 2011 aufgezeigt. Deutlich ist auch hier zu erkennen, wie sich tarifliche Erhöhungen auf die Zusatzversorgungsausgaben auswirken. Bezugspunkt für die Berechnungen ist jeweils das Datenerfassungsjahr 2007 mit einem Betrag von 111 Mio. Euro.

Tabelle 10: Prozentuale Erhöhungen – Überblick Zusatzversorgung

Zeitraum von - bis		Struktur- entwicklung	lineare Erhöhung ab	prozentuale Erhöhung der Ausgaben bei jährlichen linearen Anpassungen von		
				1%	2%	3%
				in v. H.		
2007-2018		-2,9	ohne	-	-	-
	2007-2028	-20,6	ohne	-	-	-
2007-2018		-	2009	-0,7	1,7	4,3
	2007-2028	-	2009	-13,1	-4,0	7,0
2007-2018		-	2010	-1,0	1,2	3,5
	2007-2028	-	2010	-13,5	-5,0	5,2
2007-2018		-	2011	-1,2	0,7	2,7
	2007-2028	-	2011	-13,9	-5,9	3,5

#### 4. Vergleich Stufe 5/2006 – 5/2008

Im Hinblick auf die Ausgliederungen der Landesbetriebe „Hamburger Institut für berufliche Bildung“ (HIBB) und „Straßen, Brücken und Gewässer“ zum 1. Januar 2007 zeigt ein Vergleich mit der Prognosestufe 5/2006 (Drucksache Nr. 18/4736), wie sich die geringere Beschäftigtenzahl (Aktivbereich) auf die künftigen Empfängerzahlen im Ver-

sorgungsbereich auswirkt und als ein maßgeblicher Faktor die Ausgabenentwicklung beeinflusst. Die Differenz zwischen den Datenerfassungsjahren 2005/2007 ist auf strukturelle Bestandsveränderungen zurückzuführen.

Die folgende Tabelle 11 zeigt einen Vergleich der Stufen 5/2006 und 5/2008 der Gesamtempfängerzahlen und der Strukturentwicklung der Gesamtversorgungsausgaben:

Tabelle 11: Vergleich Stufe 5/2006 – Stufe 5/2008, Gesamtempfängerzahlen und Gesamtversorgungsausgaben

Jahr	Stufe 5/2006	Stufe 5/2008	Abweichung in %	Stufe 5/2006	Stufe 5/2008	Abweichung in %
	Gesamtempfänger			Strukturentwicklung		
				Gesamtversorgungsausgaben in Mio. Euro		
2005	57.688			932		
2006	58.361			964		
2007	59.351	57.979	-2,3	984	973	-1,1
<b>2008</b>	<b>60.258</b>	<b>58.503</b>	-2,9	<b>1.010</b>	<b>1.006</b>	-0,4
2009	60.861	59.393	-2,4	1.029	1.029	0,0
2010	61.284	60.035	-2,0	1.045	1.047	0,2
2011	61.694	60.515	-1,9	1.062	1.063	0,1
2012	62.074	60.924	-1,9	1.081	1.079	-0,2
2015	<b>62.673</b>	<b>61.570</b>	-1,8	1.127	1.116	-1,0
2016	62.614	61.520	-1,7	1.136	1.123	-1,1
<b>2018</b>	<b>62.324</b>	<b>61.228</b>	-1,8	<b>1.147</b>	<b>1.133</b>	-1,3
2019	62.111	61.022	-1,8	1.150	1.135	-1,3
2023	60.983	59.887	-1,8	1.163	<b>1.146</b>	-1,5
2024	60.547	59.451	-1,8	<b>1.164</b>	1.146	-1,5
2027	58.669	57.453	-2,1	1.148	1.128	-1,7
<b>2028</b>	<b>57.841</b>	<b>56.557</b>	-2,2	<b>1.138</b>	<b>1.117</b>	-1,8

Für den gesamten Prognosezeitraum liegen die Empfängerzahlen, bedingt durch die Ausgliederung von Behördenanteilen, unter den Zahlen der Stufe 5/2006. Mit dem Wechsel von Beschäftigten (Aktivbereich) in einen § 26 LHO-Betrieb, dazu gehören aktuell die ausgegliederten Bereiche HIBB und Straßen, Brücken und Gewässer zum 1. Januar 2007, verringert sich sowohl die Zahl künftiger Versorgungsempfängerinnen und -empfänger im Beamtenebereich als auch die Zahl der Versorgten im Zusatzversorgungsbereich, deren Versorgungsausgaben vollständig<sup>2)</sup> aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Beim Vergleich der Empfängerzahlen muss berücksichtigt werden, dass die prognostizierten Veränderungen bei den Empfängerzahlen von Stufe 5/2006 zu Stufe 5/2008 auf Grund des verringerten Datenbestandes nach Aussage von Prof. Dr. Pfei-

fer rein biometrischer Art sind. Innerhalb der Prognose sind die verringerten Empfängerzahlen nicht als physische „weniger“ Empfängerinnen und Empfänger zu sehen, sondern als statistische Erwartungswerte aus der Wahrscheinlichkeitsverteilung für die Zufallsgröße „Empfängerzahlen“ zu werten.

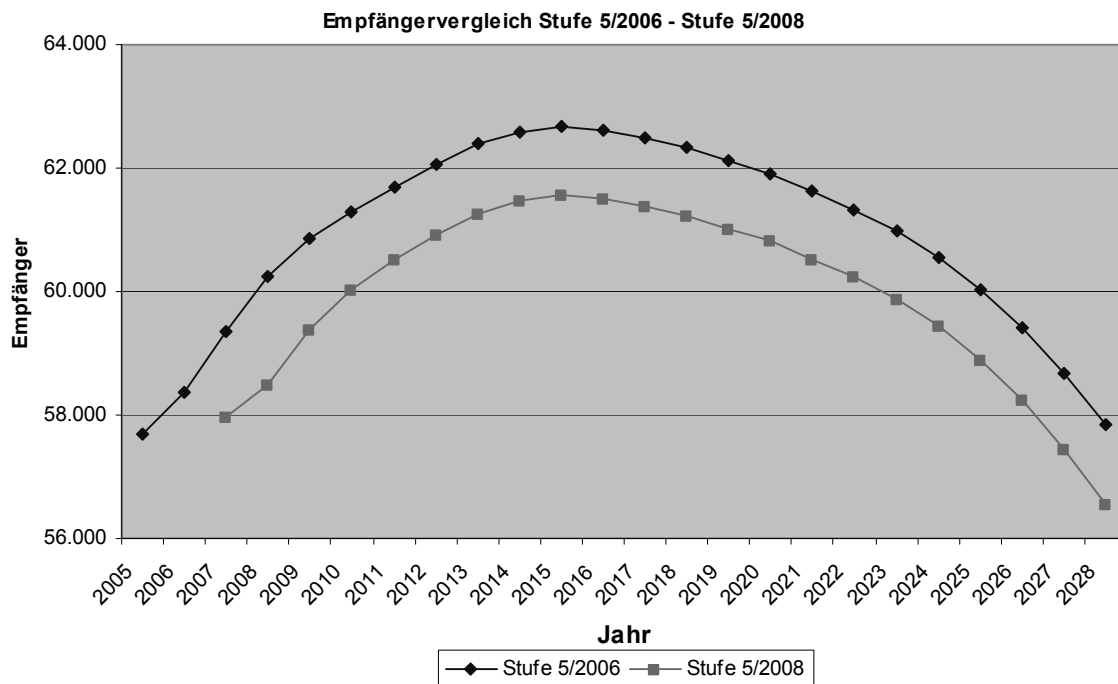
Der Vergleich der Prognosen Stufe 5/2006 und 5/2008 zeigt, dass der Zeitpunkt, zu dem die höchste Empfängerzahl zu erwarten ist – das Jahr 2015 – unverändert geblieben ist.

Zur Verdeutlichung ist die Entwicklung der Empfängerzahlen grafisch dargestellt (Grafik 8).

<sup>2)</sup> zur anteiligen Finanzierung siehe Ziffer 6.1



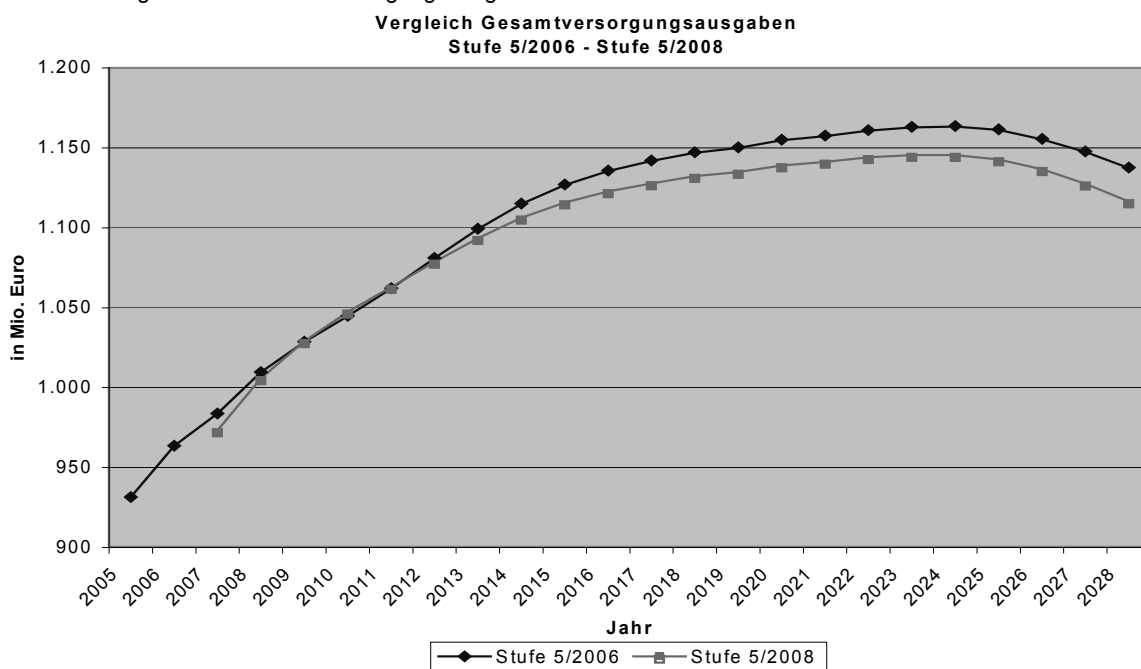
Grafik 8: Vergleich Gesamtempfängerzahlen Stufe 5/2006 – Stufe 5/2008



Im nachfolgenden Grafikverlauf (9) der Gesamtversorgungsausgaben der Strukturentwicklung (Stufe 5/2008) sind zum einen die Ausgliederungen und zum anderen die linearen Anpassungen zum 1. Januar 2008 deutlich erkennbar. Zum Stichtag der Datenerfassung 1. Dezember 2007 lagen die Versorgungsausgaben auf Grund struktureller Bestandsveränderungen bei den Versorgungsempfängerzahlen unter denen der Prognose Stufe 5/2006. Durch

die linearen Anpassungen zum 1. Januar 2008 wird die Differenz wieder kompensiert, so dass die Gesamtausgaben im Jahr 2009 gleich denen der Stufe 5/2006 und für die Jahre 2010 und 2011 geringfügig höher liegen. Ab dem Jahr 2012 verringern sich die Versorgungsausgaben gegenüber der Prognose Stufe 5/2006; hier zeigt sich die Wirkung der Ausgliederungen zum 1. Januar 2007.

Grafik 9: Vergleich der Gesamtversorgungsausgaben Stufe 5/2006 – Stufe 5/2008



##### 5. Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen

Die Betrachtung der Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach Einzelplänen zeigt, dass derzeit etwa 82 v. H. der Versorgungsausgaben auf fünf Einzelpläne entfallen: die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB – Einzelplan 3.1) – ehemals Behörde für Bildung und Sport (BBS), die Behörde für Wissenschaft und Forschung (BWF – Einzelplan 3.2), die Behörde für Inneres (BfI –

Einzelplan 8.1), die Justizbehörde (JB – Einzelplan 2) und die Finanzbehörde (FB – Einzelplan 9.1). Diese Behörden sind geprägt durch einen hohen Anteil an Lehrpersonal, Vollzugsbediensteten, Richterinnen und Richtern sowie durch die Steuerverwaltung.

Wegen der Stichtagserhebung der Daten zum 1. Dezember 2007 ist die ab dem 1. Juni 2008 geltende neue Behördenstruktur noch nicht in der Prognose berücksichtigt.

Tabelle 12: Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen in Mio. Euro

Jahr	Strukturentwicklung in Mio. Euro							% - Anteil der ausgewählten Einzelpläne an ges. Ausgaben
	gesamt	JB Epl 2	BBS Epl 3.1	BWF Epl 3.2	BfI Epl 8.1	FB Epl 9.1	ausgewählte Einzelpläne gesamt	
2007	973	84	356	84	212	65	801	82,3
<b>2008</b>	<b>1.006</b>	<b>86</b>	<b>370</b>	<b>91</b>	<b>217</b>	<b>66</b>	<b>831</b>	<b>82,6</b>
2009	1.029	88	384	95	219	67	853	82,9
2010	1.047	88	397	97	221	68	871	83,2
2011	1.063	89	409	98	222	69	887	83,5
2012	1.079	90	421	99	224	70	904	83,8
2015	1.116	92	447	<b>100</b>	230	74	943	84,5
2016	1.123	93	449	100	233	75	951	84,7
2017	1.128	94	<b>450</b>	100	236	77	956	84,8
<b>2018</b>	<b>1.133</b>	<b>95</b>	<b>448</b>	<b>100</b>	<b>241</b>	<b>78</b>	<b>962</b>	<b>84,9</b>
2019	1.135	96	446	99	245	80	965	85,0
2024	1.146	103	431	94	270	85	<b>983</b>	85,8
2025	1.143	104	426	93	272	86	982	85,9
2026	1.137	106	422	91	<b>273</b>	<b>87</b>	978	86,0
2027	1.128	106	416	90	273	87	971	86,1
<b>2028</b>	<b>1.117</b>	<b>106</b>	<b>410</b>	<b>88</b>	<b>272</b>	<b>87</b>	<b>963</b>	<b>86,2</b>

Diese fünf Einzelpläne bestimmen zwar im Schnitt über den Prognosezeitraum gesehen ca. 84,7 v. H. der Versorgungsausgaben, beziehen sich aber nur auf zwischen 63,6 v. H. der Versorgungsberechtigten im Datenerfassungsjahr 2007 und 74,0 v. H. der erwarteten Versorgungsberechtigten im Endjahr des Prognosezeitraums im Jahr

2028. Die folgende Tabelle 13 zeigt die Entwicklung der Gesamtberechtigtenzahlen der fünf ausgewählten Einzelpläne sowie das Verhältnis, in dem sich die Empfängerzahlen dieser Einzelpläne zu der Gesamtzahl aller zu erwartenden Versorgungsberechtigten im Prognoseverlauf bis zum Jahr 2028 entwickeln werden.

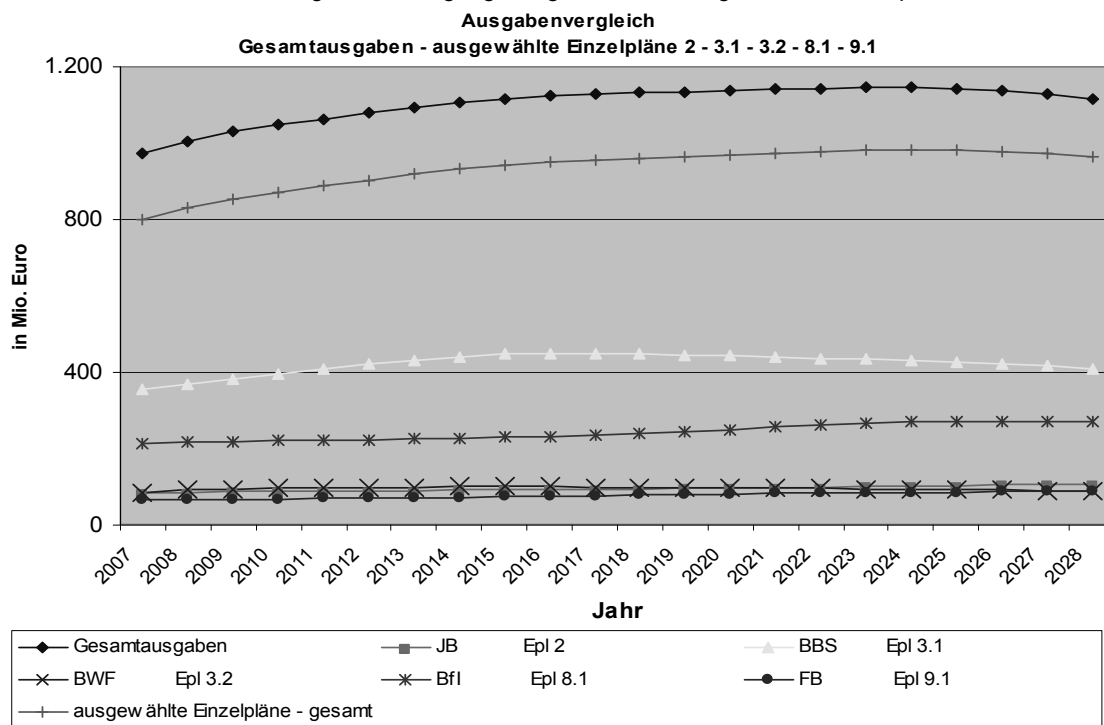
Tabelle 13: Erwartete Berechtigte (Beamten- und Zusatzversorgung) nach ausgewählten Einzelplänen

Jahr	Versorgungsberechtigte							% - Anteil der ausgewählten Einzelpläne an gesamt Berechtigten
	gesamt	JB Epl 2	BBS Epl 3.1	BWF Epl 3.2	BfI Epl 8.1	FB Epl 9.1	ausgewählte Einzelpläne gesamt	
2007	57.979	4.611	13.466	4.468	10.423	3.917	36.885	63,6
<b>2008</b>	<b>58.503</b>	<b>4.619</b>	<b>13.863</b>	<b>4.648</b>	<b>10.465</b>	<b>3.928</b>	<b>37.523</b>	<b>64,1</b>
2009	59.393	4.662	14.483	4.815	10.525	3.972	38.457	64,8
2010	60.035	4.690	15.040	4.923	10.583	4.004	39.240	65,4
2011	60.515	4.719	15.535	5.016	10.601	4.037	39.908	65,9
2012	60.924	4.736	16.028	5.083	10.625	4.060	40.532	66,5
2015	<b>61.570</b>	4.791	17.085	5.247	10.682	4.131	41.936	68,1
2017	61.392	4.819	17.335	5.288	10.758	4.181	42.381	69,0
<b>2018</b>	<b>61.228</b>	<b>4.835</b>	<b>17.361</b>	<b>5.304</b>	<b>10.836</b>	<b>4.208</b>	<b>42.544</b>	<b>69,5</b>
2019	61.022	4.859	<b>17.375</b>	5.307	10.889	4.238	42.668	69,9
2020	60.823	4.886	17.371	<b>5.310</b>	10.994	4.265	42.826	70,4
2023	59.887	4.978	17.272	5.266	11.273	4.267	<b>43.056</b>	71,9
2024	59.451	5.010	17.209	5.239	<b>11.306</b>	4.259	43.023	72,4
2026	58.242	<b>5.046</b>	16.971	5.158	11.235	<b>4.224</b>	42.634	73,2
<b>2028</b>	<b>56.557</b>	<b>5.012</b>	<b>16.600</b>	<b>5.023</b>	<b>11.061</b>	<b>4.159</b>	<b>41.855</b>	<b>74,0</b>

Nachfolgend wird noch einmal die Tabelle 12 (Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen) mit der Grafik 10 dargestellt. Deutlich zeigt sich hier der Anteil der fünf ausgewählten Einzelpläne an den Gesamtausgaben, der im Schnitt über den Prognose-

zeitraum gerechnet bei 84,7 v. H. der Gesamtausgaben liegt. Gleichzeitig lässt sich aus der Grafik 10 erkennen, mit welchem Anteil die ausgewählten Einzelpläne – jeder für sich allein gesehen – an den Gesamtausgaben beteiligt sind.

Grafik 10: Zusammensetzung der Versorgungsausgaben nach ausgewählten Einzelplänen in Mio. Euro



## 6. Versorgungsausgaben außerhalb des Kernhaushaltes

In den bisherigen Darstellungen der Berichterstattungen<sup>3)</sup> über die Entwicklung der Versorgungsausgaben – Bericht über Stand und Ergebnisse des Instruments zur Prognose zukünftiger Versorgungsausgaben im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg – sind lediglich die Versorgungsausgaben des Kernhaushalts und der § 15 LHO-Betriebe aufgeführt. Die Berichterstattungen enthielten bisher nicht die auf den Kernhaushalt anteilig entfallenden Versorgungsausgaben der § 26 LHO-Betriebe sowie entsprechende Anteile für die ausgegliederten, rechtlich verselbständigten Einrichtungen. Hierbei handelt es sich um Versorgungsansprüche von Beschäftigten, die vormals unmittelbar bei der Freien und Hansestadt Hamburg beschäftigt waren und in dieser Zeit Versorgungsansprüche erworben haben. Für diese Personengruppe bestehen für diese Beschäftigungszeiten anteilige Ansprüche der ausgegliederten Einrichtungen gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg (sogenannte m/n-tenung).

### 6.1 Landesbetriebe nach § 26 LHO

Das Personalamt hat erstmals die § 26 LHO-Betriebe in die Darstellung des aktuellen Berichtes einbezogen. Dabei handelt es sich um folgende Einrichtungen:

LB Rathaus-Service,  
LB Zentrum für Personaldienste (ZPD),

Landwirtschaft der Jugendanstalt Hanhöfersand,  
LB Hamburger Institut für berufliche Bildung (HIBB),  
LB Hamburger Volkshochschule (LHV),  
LB Planetarium,  
LB Winterhuder Werkstätten<sup>4)</sup>  
Laeiszhalle – Musikhalle Hamburg,  
LB Philharmonie,  
LB Erziehung und Berufsbildung (LEB),  
LB Geoinformation und Vermessung,  
LB Straßen, Brücken und Gewässer,  
LB Hamburgische Münze,  
LB Großmarkt Obst, Gemüse und Blumen,  
LB Verkehr.

<sup>3)</sup> zuletzt Drucksache 18/4736

<sup>4)</sup> diese Daten sind in den von Prof. Pfeifer gelieferten Berechnungen noch den § 26 LHO-Betrieben zugeordnet (Verselbständigung zum 23.10.2007)

In der nachfolgenden Tabelle 14 ist der Prognoseverlauf der zu erwartenden Versorgungsberechtigten und in der darauf folgenden Grafik 11 sind die Versorgungsausgaben erfasst, soweit sie die Einrichtungen nach § 26 LHO betreffen. Eine differenzierte Aufteilung der auf den Kernhaushalt entfallenden Versorgungsanteile und der von den § 26 LHO-Betrieben selbst zu tragenden Versorgungsanteile (m/n-telung) ist bisher nicht erfolgt. Festzuhalten ist, dass, je weiter der Ausscheidezeitpunkt eines Beschäftigten in der Zukunft liegt, d. h. je größer der Zeitanteil eines Beschäftigten beim § 26 LHO-Betrieb ist, desto geringer fällt der auf den Kernhaushalt entfallende Versorgungsanteil aus.

Im Datenerfassungsjahr 2007 sind insgesamt 1.114 Versorgungsberechtigte zu verzeichnen, bis zum Mitteljahr des

Prognosezeitraums 2018 wird mit 3.301 Berechtigten und im Prognoseendjahr 2028 mit 3.959 Versorgungsberechtigten zu rechnen sein. Die Entwicklung der Empfängerzahlen wird entscheidend geprägt durch das HIBB. Die Entwicklung der Empfängerzahlen bis 2028 zeigt, dass bereits sechs Jahre vor Prognoseende (2022) annähernd die Hälfte der Versorgungsempfänger der § 26 LHO-Betriebe zum HIBB gehören werden. Für den Bereich der § 26 LHO-Betriebe ist in den Berechnungen der Empfängerzahlen und der Versorgungsausgaben eine Nachbesetzung nicht mit berücksichtigt worden, weil der Anteil der Nachbesetzung nur im Gesamtbetrag vorliegt und nicht den einzelnen Teilbereichen zugeordnet werden kann.

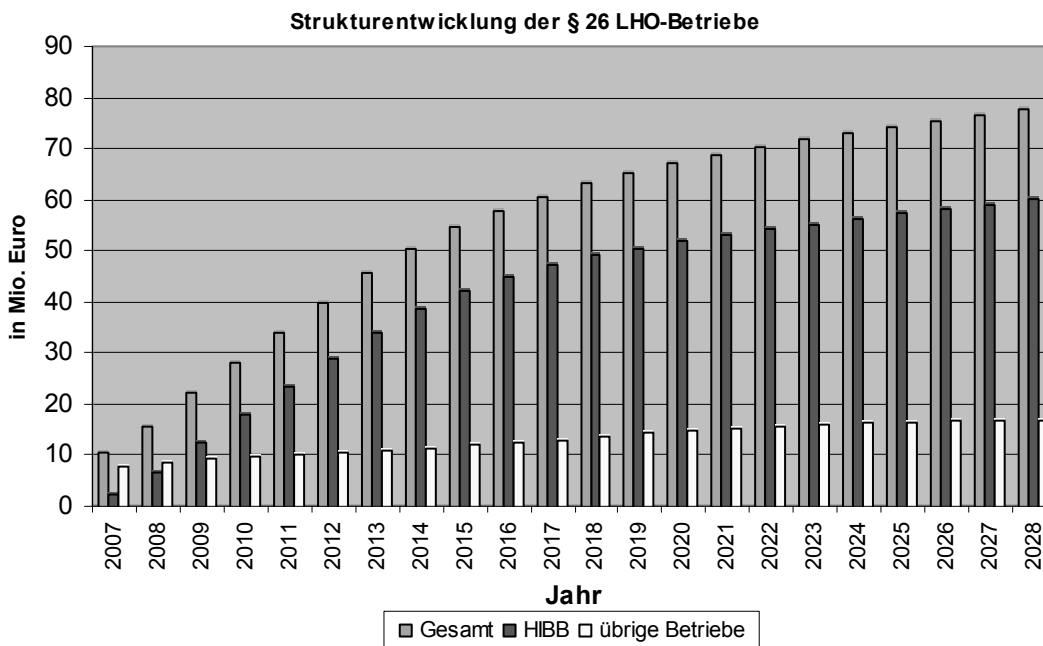
Tabelle 14: Empfängerzahlen der § 26 LHO-Betriebe

Jahr	Empfänger § 26 LHO-Betriebe		
	Gesamt	HIBB	übrige Betriebe
2007	1.114	85	1.029
<b>2008</b>	<b>1.339</b>	<b>243</b>	<b>1.096</b>
2009	1.630	436	1.194
2010	1.892	623	1.269
2011	2.125	796	1.329
2012	2.352	963	1.389
2017	3.189	1.552	1.637
<b>2018</b>	<b>3.301</b>	<b>1.620</b>	<b>1.681</b>
2019	3.398	1.677	1.721
2020	3.490	1.729	1.761
2021	3.573	1.775	1.798
<b>2022</b>	<b>3.645</b>	<b>1.822</b>	<b>1.823</b>
2023	3.711	1.865	1.846
2027	3.923	2.026	1.897
<b>2028</b>	<b>3.959</b>	<b>2.060</b>	<b>1.899</b>

Dieser besondere Verlauf des Anstiegs der Empfängerzahlen bei den § 26 LHO – Betrieben ist vor allem darauf zurückzuführen, dass aktuell nur wenige Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu verzeichnen sind, während sich der überwiegende Teil im aktiven Berufsleben befindet; in der Datenbank ausgewiesen sind 7.054 Fälle. Auch an dieser Stelle zeigt sich deutlich, dass die künftig aus dem Aktivbereich in den Ruhestand überwechselnden Personen den Ausgabenverlauf wesentlich beeinflussen.

Die Versorgungsausgaben steigen bis zum Ende des Prognosezeitraums 2028 insgesamt stetig an, bis zum Mitteljahr des Prognosezeitraums stärker, anschließend abgeflachter. Auch bei den Ausgaben wird die Entwicklung vorrangig durch das HIBB beeinflusst. Während im Jahr 2022 annähernd 50 v. H. aller § 26 LHO Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim HIBB zu erwarten sind, wird der Anteil des HIBB an den Gesamtversorgungsausgaben (§ 26 LHO-Betriebe) 71,9 v. H. betragen.

Grafik 11: Versorgungsausgaben § 26 LHO-Betriebe – Strukturentwicklung



Die in der vorstehenden Grafik 11 dargestellten Gesamtversorgungsausgaben der § 26 LHO-Betriebe gehen nicht in ihrer Gesamtheit zu Lasten des Kernhaushaltes. Es ist eine Verteilung vorgesehen (m/n -teilung), die sich anteilig nach den Beschäftigungszeiten in den jeweiligen Bereichen (Freie und Hansestadt Hamburg/§ 26 LHO-Betrieb) richtet. Der Anteil, der auf die § 26 LHO-Betriebe entfällt, wird durch die in diesen Betrieben gebildeten Pensionsrückstellungen gedeckt (siehe Ziffer 2 Datengrundlage).

## 6.2 Rechtlich verselbständigte Einrichtungen

Ein weiterer Bereich, in dem mittelbare Ansprüche (Garantieversagen der Freien und Hansestadt für Versorgungsleistungen) bestehen, die aber auf Grund nicht vorliegender personenbezogener Basisdaten nicht in der vorgelegten Prognose enthalten sind, betrifft die rechtlich verselbständigten Einrichtungen ehemals der Freien und Hansestadt zugeordneter Behörden bzw. Behördenanteile. In diesen Garantieverpflichtungen sind neben den Versorgungsausgaben auch Beihilfen und andere Ansprüche abgedeckt, soweit nicht ausdrücklich auf Versorgungsausgaben abgestellt wurde.

Um diese Bereiche, in denen auch künftig Versorgungsausgaben anfallen, im Blick zu behalten, wurde bei wesentlichen Einrichtungen eine Datenabfrage vorgenommen und die zugeleiteten Informationen zusammengestellt. Die von den Einrichtungen mitgeteilten Daten weichen in der Aufbereitung der Datenstrukturen und der Bandbreite der abgedeckten Zeiträume voneinander ab, da bei der rechtlichen Verselbständigung prinzipiell keine einheitlichen Vorgaben für die Form der Datenvorhaltung gemacht wurden.

### Hamburger Versorgungsfonds (HVF)

- Landesbetrieb Krankenhäuser Hamburg Immobilien (LBK Immobilien),
- Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE),

- Hamburger Friedhöfe (HF),
- fördern & wohnen (f&w) sowie das
- Studierendenwerk (StW).

Die in den HVF einbezogen Unternehmen werden nach Maßgabe des in dem HVF-Gesetz bestimmten Rahmens von Versorgungsverpflichtungen entlastet (§ 2 HVFG). Die für diese Bereiche anfallenden Versorgungsausgaben werden über den HVF abgebildet und sind von daher hier nicht ergänzend aufgeführt.

### Dataport

Forderungen gegen die Freie und Hansestadt Hamburg resultieren aus den im Staatsvertrag gewährten Ansprüchen zur Deckung von Pensionsrückstellungen für die im Rahmen der Verselbständigung übernommenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Beamten- und Tarifbereich), soweit die Versorgungsansprüche bis zum 31. Dezember 2003 erworben wurden. Sie belaufen sich per 31. Dezember 2007 auf insgesamt 41,5 Mio. Euro. Die Ansprüche werden in Höhe der gedeckten anteiligen Pensionsrückstellungen ausgewiesen und jährlich versicherungsmathematisch fortgeschrieben.

### Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein (Anstalt)

Mit der Errichtung einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts „Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig Holstein – Anstalt des öffentlichen Rechts“ zum 1. Januar 2004 sind die ehemals beim Statistischen Landesamt Hamburg beschäftigten Beamtinnen und Beamten sowie die Arbeitsverhältnisse der ehemaligen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Anstalt übergegangen.

Die 165 übergeleiteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bei Eintritt des Versorgungsfalles Anspruch auf zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung

nach dem HmbZVG. Gemäß § 18 Abs. 4 des Staatsvertrages ist eine Verteilung vorgesehen, die sich anteilig nach den Beschäftigungszeiten in dem jeweiligen Bereich (Freie und Hansestadt Hamburg/Anstalt) richtet (m/n -teilung).

Die Aufteilung künftiger Versorgungsausgaben für die übernommenen Beamtinnen und Beamten (31) richtet sich gem. § 19 Abs. 3 Staatsvertrag nach § 107 b Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG). Danach hat die Anstalt die

vollen Versorgungsbezüge zu zahlen; ihr steht jedoch ein Erstattungsanspruch auf Versorgungsanteile gegen die Freie und Hansestadt Hamburg zu.

Die folgende Tabelle 15 zeigt die versicherungsmathematisch berechneten Prognosen des Anteils auf, den die Freie und Hansestadt Hamburg bis zum Jahr 2012 für Versorgungsausgaben erstatten muss.

Tabelle 15: Anteil der FHH Versorgungsausgaben für zum Statistischen Amt übergeleitetes Personal

Jahr	Anteil der Freien und Hansestadt Hamburg in Euro für		
	Zusatzversorgung	Beamtenversorgung	gesamt
2007	68.793	34.709	103.502
2008	113.678	35.056	148.734
2009	116.830	35.406	152.236
2010	139.801	35.760	175.561
2011	165.371	138.011*	303.382
2012	168.225	168.483	336.708

\* Der Sprung 2010/2011 um mehr als 100.000 Euro hängt mit der Versetzung eines Vorstandsmitgliedes und zwei weiterer Beamten in den Ruhestand zusammen.

Es besteht eine Garantieverpflichtung seitens der Freien und Hansestadt Hamburg bis zur Höhe von 7,752 Mio. Euro (Drucksache 17/3522); für anteilige Versorgungsausgaben sind 6,85 Mio. Euro vorgesehen.

Eichdirektion Nord (EDN)

Im Beschluss über die Feststellung des Haushaltsplanes der Freien und Hansestadt Hamburg für die Jahre 2007 und 2008 bestehen für die Jahre 2007 und 2008 Gewährleistungen für Versorgungszusagen nach dem HmbZVG und dem BeamtVG bis zu 0,5 Mio. Euro jährlich.

Für die Versorgungsausgaben ehemals bei der Freien und Hansestadt Hamburg beschäftigter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besteht für die Stadt eine anteilige Zahlungsverpflichtung entsprechend dem § 107 b BeamtVG. Seit Anstaltsgründung sind 4 Beamte pensioniert worden und ein Angestellter ist in die Altersrente gewechselt. Für das Jahr 2008 beträgt die Zahlungsverpflichtung der Freien und Hansestadt Hamburg ca. 110.000 Euro.

Hamburg Port Authority (HPA)

HPA wurde zum 1. Oktober 2005 im Zuge der Zusammenführung der hafenbezogenen Zuständigkeiten verschiedener Hamburger Behörden als eine Anstalt öffentlichen Rechts gegründet.

Die Kosten der Versorgung der übergeleiteten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (791) werden anteilig im Verhältnis ihrer Beschäftigungszeiten, die sie bei der Freien und Hansestadt Hamburg und der HPA absolviert haben, aufgeteilt. Die Verteilung der Versorgungsausgaben für die ehemals bei der Freien und Hansestadt Hamburg beschäftigten Beamtinnen und Beamten (224) richtet sich nach § 107 b BeamtVG (Vgl. Drs. 18/2332, S. 6, Punkt IV.4).

Zu den Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen existieren Prognosen bis zum Jahr 2012. Bei den vorliegenden Zahlen handelt es sich um Werte aus einem BDO-Gutachten, das im Auftrag von HPA für den Jahresabschluss 2007 erstellt wurde.

Tabelle 16: Daten zum Jahresabschluss 2007 - HPA

Personal - Rückstellungen	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	In Mio. Euro					
Pensionsverpflichtungen	74,6	79,5	87,0	92,6	98,4	104,3
daraus						
<b>Forderungen an die FHH</b>	<b>66,3</b>	<b>67,7</b>	<b>71,0</b>	<b>72,6</b>	<b>74,2</b>	<b>75,8</b>

## 7. Bewertung der Prognoseergebnisse

Im Zuge der Bewertung der Prognoseergebnisse wird auf die Bedeutung linearer Anpassungen für die Ausgabenentwicklung hingewiesen; darüber hinaus wird ein Abgleich mit dem Haushaltsergebnis vorgenommen.

Im Ergebnis bestätigt die vorliegende Prognose die Tendenzen der bisherigen Prognosen der vergangenen Jahre: In den Jahren 2008 bis 2028 ist nach wie vor mit einer strukturbedingten Zunahme der Gesamtversorgungsausgaben zu rechnen, deren Höchststand im Jahr 2023 zu erwarten ist.



Auch wenn der Vergleich zur Stufe 5/2006 zeigt, dass auf Grund von Ausgliederungen von Behördenanteilen geringere Beschäftigtenzahlen und demzufolge auch geringere Versorgungsausgaben zu erwarten sind, darf nicht außer Betracht bleiben, dass auch für ausgegliederte Einrichtungen anteilige Versorgungsausgaben gezahlt werden müssen.

#### 7.1 Lineare Anpassungen

Auch in der vorliegenden Stufe 5/2008 ist zu erkennen, welche Bedeutung lineare Erhöhungen für die Ausgabenentwicklung haben. Sie verstärken die ohnehin vorhandenen strukturellen Effekte, die für sich genommen schon einen erheblichen Ausgabenanstieg bedingen. Dies kann jedoch nicht dazu führen, zukünftig gänzlich auf lineare Erhöhungen zu verzichten. Beamtinnen und Beamte, Versorgungsempfängerinnen und -empfänger haben Anspruch darauf, an der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung teilzuhaben. In diesem Zusammenhang wird es auch künftig besonders darauf ankommen, beide Bereiche in einer Balance zu halten; eine Verschiebung linearer Anpassungen wird ggf. auch künftig als eine Möglichkeit zur Ausgabendämpfung im Blickfeld zu halten sein.

Die besondere Beachtung linearer Erhöhungen ist wegen der mit ihnen verbundenen Struktureffekte entscheidend, da sie – im Gegensatz zu Einmalzahlungen – zu einer dauerhaften Anhebung der Berechnungsbasis führen. Durch das VersÄndG 2001 ist der Abbau von Versorgungsausgaben durch Senkung des Höchstruhegehaltssatzes von 75 v. H. auf 71,75 v. H. der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge

an lineare Erhöhungen gekoppelt. Mit der linearen Erhöhung zum 1. Januar 2008 erfolgte der vierte von acht Schritten, so dass der rechnerische Höchstruhegehaltssatz zurzeit bei 73,37 v. H. liegt.

#### 7.2 Haushalts-Ist

Beim Vergleich der Prognoseergebnisse mit dem Haushalt sind immer die unterschiedliche Berechnungsgrundlage und -methodik zu berücksichtigen. Die Daten der Versorgungsprognose beziehen sich auf den Kernhaushalt und auf die Landesbetriebe, die keine Pensionsrückstellungen bilden müssen; außerdem sind beispielsweise die Betriebsrenten nach dem BetrAVG und die Leistungen an Waisen nicht erfasst. Der Haushalt erfasst weitergehende Risiken wie z. B. die Zahlung von Versorgungskosten an andere Länder nach § 107 b BeamVG, Aufwendungen für die anteilige Erstattung von Versorgungskosten an öffentliche Unternehmen auf Grund gesetzlicher Regelung oder vertraglicher Vereinbarung.

Für die Prognose sind die anonymisierten personenbezogenen Daten zum Stichtag 1. Dezember 2007 erhoben worden. Schwankungen im Personenbestand vor und nach dem Stichtag sind demzufolge in der Prognose nicht berücksichtigt. Das Haushalts-Ist wird über den gesamten Jahreszeitraum 2007 berechnet; dies führt im Ergebnis zu geringfügigen Abweichungen gegenüber der Versorgungsprognose. Da die § 26 LHO-Betriebe nicht in die Versorgungsprognose selbst einbezogen sind, fallen die zum Stichtag 1. Dezember 2007 erhobenen Versorgungsausgaben, die der Prognose unterliegen, geringer aus.

Tabelle 17: Vergleich Prognose Stichtag 1. Dezember 2007 – Haushaltsergebnis 2007

Statusgruppe	Prognosestichtag 1.12.2007		Haushaltsergebnis 2007
Beamtenversorgung	mit § 26 LHO	873 Mio. Euro	877 Mio. Euro
	ohne § 26 LHO	862 Mio. Euro	
Zusatzversorgung	mit § 26 LHO	117 Mio. Euro	117 Mio. Euro
	ohne § 26 LHO	111 Mio. Euro	

#### 8. Vorsorge für künftige Versorgungsausgaben

Die Sicherung künftiger Versorgungsausgaben bleibt nach wie vor eine wichtige Aufgabe für alle Alterssicherungssysteme. Zur Dämpfung des Ausgabenanstiegs sind bereits seit 1992 Maßnahmen ergriffen worden, die die Einschnitte in die Rentenversicherung wirkungsgleich auf die Beamtenversorgung übertragen haben. Mit dem Versorgungsreformgesetz 1998 vom 29. Juni 1998 (BGBl. I S. 1666 – VReformG) ist die Bildung von Versorgungsrücklagen bei Bund und Ländern vorgeschrieben worden, die im Wege verminderter Bezügeanpassungen von Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfängerinnen und -empfängern aufgebracht werden. Damit sind erstmals Elemente der Kapitaldeckung in die Beamtenversorgung einbezogen worden. Dieser Weg wurde durch das VersÄndG 2001 fortgeführt.

Im Jahr 1999 hat Hamburg mit dem Aufbau von Sondervermögen begonnen. Auf Grund gesetzlicher Verpflichtung durch Artikel 5 des VReformG ist mit der Bildung einer Versorgungsrücklage aus der Verminderung linearer Anpassungen gemäß § 14 a BBesG begonnen worden. Für

den Tarifbereich wurde das Sondervermögen Zusatzversorgung eingerichtet, das aus den Beiträgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gespeist wird. Darüber hinaus wurde im Jahr 2000 ein zusätzlicher Versorgungsfonds gebildet, in den die Versorgungszuschläge, die Hamburg bei Beurlaubungen von Beschäftigten im öffentlichen Interesse von Dritten erhebt, sowie der Liquiditätsgewinn fließen, der sich jährlich aus der Verbeamtung von 1.100 zuvor angestellten Lehrkräften ergibt.

Die Wertpapierbestände der nachfolgend aufgeführten Sondervermögen sind als Nominalvolumina mit dem Jahresabschluss 2007 ausgewiesen.

##### 8.1 Versorgungsrücklage nach § 14 a BBesG

Gemäß dem Gesetz über eine Versorgungsrücklage der Freien und Hansestadt Hamburg (HmbVersRücklG) vom 30. November 1999 hat die Freie und Hansestadt Hamburg eine Versorgungsrücklage für die Beamtenversorgung gebildet. Sie ist in der Zeit von 1999 bis 2002 aus einer Verminderung der linearen Anpassungen um je 0,2 v. H. – insgesamt 0,6 v. H. – gespeist worden. Während der acht ab

dem 1. Januar 2003 folgenden linearen Anpassungen, in denen das Versorgungsniveau durch das VersÄndG 2001 abgeflacht wird, ist die weitere Verminderung der linearen Anpassungen um 0,2 v. H. ausgesetzt worden. Dafür wird in diesem Zeitraum die Hälfte der durch die Abflachung des Versorgungsniveaus erzielten Einsparungen der Versorgungsrücklage zugeführt; weiterhin wird jährlich die Zuführung in der bisherigen Höhe von 0,6 v. H. geleistet.

Mit dem Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Versorgungsrücklagegesetzes vom 2. Juli 2003 sind die notwendigen landesrechtlichen Konsequenzen aus dem VersÄndG 2001 gezogen worden. Das Gesetz regelt die Zuführung der Mittel in die Versorgungsrücklage neu und passt den Zeitpunkt der frühestmöglichen Entnahme, nunmehr 1. Januar 2018, an den verlängerten Zuführungszeitraum an. Die Versorgungsrücklage darf nur zur Entlastung von Versorgungsausgaben für den Beamten- und Richterbereich verwendet werden und zwar schrittweise über einen Zeitraum von mehreren Jahren.

Das Volumen der Versorgungsrücklage beträgt 133,7 Mio. Euro (Jahresabschluss 2007).

## 8.2 Zusätzlicher Versorgungsfonds

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zur ergänzenden Finanzierung der Altersversorgung seiner Beschäftigten neben der Versorgungsrücklage weitere Maßnahmen getroffen und durch das Gesetz über einen zusätzlichen Versorgungsfonds für die Altersversorgung der Beschäftigten der Freien und Hansestadt Hamburg (Hamburgisches Versorgungsfondsgesetz – HmbVersFondsG) vom 19. Dezember 2000 ein Sondervermögen gebildet. Die Entnahme der Mittel ist zweckgebunden und kann erst ab dem Jahr 2010 nach Maßgabe des Haushaltsplans erfolgen. Die Rücklage wird ab dem 1. Januar 2000 aus den jährlichen Zuführungen und den daraus erzielten Beträgen gebildet. Die Höhe der Zuführungen bestimmt sich

- nach dem Liquiditätsgewinn, der sich jährlich aus der Verbeamtung von 1.100 zuvor angestellten Lehrerinnen und Lehrern ergibt (festgelegt auf 5.113 Tsd. Euro),
- nach den Beträgen von aufgelösten Pensionsrückstellungen aus Landesbetrieben nach § 26 Landeshaushaltsordnung (LHO),
- nach den Beträgen, die als Versorgungszuschläge von Dritten vereinnahmt werden sowie
- nach weiteren Beträgen, die von der Bürgerschaft mit dem jeweiligen Haushaltsplan gesondert festgesetzt werden.

Das Volumen des Versorgungsfonds beträgt 71,0 Mio. Euro (Jahresabschluss 2007).

## 8.3 Sondervermögen Zusatzversorgung

Auf Grund des Gesetzes zur Änderung ruhegeldrechtlicher Vorschriften leisten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Freien und Hansestadt Hamburg seit dem 1. August 1999 monatlich einen Beitrag in Höhe von 1,25 v. H. ihres steuerpflichtigen Bruttoarbeitsentgelts zu den Versorgungsausgaben. Diese Beiträge werden dem Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt

Hamburg“ zugeführt, welches durch das Gesetz über das Sondervermögen „Zusatzversorgung der Freien und Hansestadt Hamburg“ vom 14. Juli 1999 (HmbGVBl. S. 146) errichtet wurde. Die Mittel des Sondervermögens stehen nach Ablauf der fünfjährigen Sperrfrist seit Juli 2004 kontinuierlich zur Entlastung des Haushalts für Zusatzversorgungsausgaben zur Verfügung. Die Entnahmehöhe legt der Beirat bei dem Sondervermögen „Zusatzversorgung“ durch Beschluss fest.

Das Volumen des Sondervermögens Zusatzversorgung beträgt 60,2 Mio. Euro (Jahresabschluss 2007).

## B.

### Schlussbetrachtung

Die Ergebnisse der vorliegenden Prognose Stufe 5/2008 bestätigen den bisherigen Trend der von Prof. Dr. Pfeifer erstellten Prognosen der letzten Jahre: Auch in Zukunft werden die Versorgungsausgaben in den kommenden Jahren strukturell bedingt steigen. Verantwortlich hierfür ist der Anstieg der Empfängerzahlen, der neben dem Einstellungsverhalten zwischen 1960 und 1980 auch durch demografische Entwicklungen bedingt ist.

Eine Umbildung von Verwaltungseinheiten zu § 26 LHO-Betrieben und die Vernetzung von Behördenanteilen führen zwar zu einer haushaltssystemischen Absenkung der Ausgaben im Kernhaushalt, gleichwohl verbleiben künftig anteilig auf die Freie und Hansestadt Hamburg entfallende Versorgungsausgaben (m/n-telung) weiterhin bestehen.

Mit der Föderalismusreform I haben die Länder u. a. für das Beamtenversorgungsrecht die Kompetenz erhalten, eigenständige Regelwerke zu schaffen. Nachdem sich die fünf norddeutschen Länder bereits vor Inkrafttreten eingehend mit den Konsequenzen aus dieser Neuordnung der Gesetzgebungskompetenzen und den Möglichkeiten einer Zusammenarbeit befasst haben, wird nunmehr auf Grund einer zwischen den Regierungschefs der fünf norddeutschen Länder mit Beschluss vom 11. April 2007 vereinbarten Kooperation die Zielsetzung verfolgt, eine dienstherrenübergreifende Mobilität zu sichern und eine gleichgerichtete Entwicklung des öffentlichen Dienstrechts in den norddeutschen Ländern zu fördern.

Versorgungsrechtlich werden sich weitere Überlegungen im Rahmen einer zum 1. April 2009 angestrebten umfassenden Dienstrechtsreform in Hamburg nicht zuletzt auch an dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 27. September 2005 orientieren müssen, mit dem das Gericht entschieden hat, dass der Gesetzgeber die verfassungsrechtlichen Grenzen seines Entscheidungsspielraumes mit der durch das VersÄndG 2001 beschlossenen Kürzung des Höchstruhegehaltssatzes von 75 v. H. auf 71,75 v. H. noch nicht überschritten hat. Auf die noch verfassungsgemäße Absenkung wurde bereits in der Drucksache 18/3741 hingewiesen.

## C.

### Petition

Der Senat beantragt, die Bürgerschaft wolle Kenntnis nehmen.